

# ESSENER MORGEN

Solidarisch – parteilich – links

Essen.2030  
Störfaktor Bürgerbeteiligung?

Seite 2



Essen gibt Gas  
Bürgerinitiative für faire  
Energiepreise

Seite 4



FAIR, FAIRER,  
umFAIRteilen

Seite 6



Von Einem und von Seeckt:  
Keine verehrungswürdigen  
Vorbilder!

Seite 10



Ende November soll der Rat einen neuen Kürzungshaushalt beschließen

## Die Sparlüge

Geschlossene Bürgerämter und Bibliotheken, gestrichene VHS-Kurse, ein aus Personalnot geschlossenes, millionenteures Stadtarchiv, Wegfall des Streifendienstes, des Ordnungsamtes, ungepflegtes Grün, verrottende städtische Immobilien und Straßen, dazu NRW-weite Spitzengebühren bei der

Entwässerung und der Grundsteuer, die alle MieterInnen treffen. So soll also nach den Vorstellungen des Viererbündnisses aus CDU/Grünen/FDP/EBB, des Oberbürgermeisters (SPD) und des Kämmerers (CDU) der Essener Haushalt in Ordnung gebracht werden.

**& Kurz  
& Knapp**

**Der 500-Millionen-Mann**

◀ Kämmerer Lars Martin Klieve (CDU) hat's geschafft. In seiner Amtszeit von 2009 bis 2012 – welche nicht zufällig mit der Mehrheit des so genannten Viererbündnisses aus CDU/Grünen/FDP/EBB einhergeht – ist die städtische Neuverschuldung bei den Liquiditätskrediten (vergleichbar etwa einem Dispo) um sage und schreibe 500 Millionen Euro angestiegen. Weitgehend verborgen blieb dies nur, weil die Einnahmen massiv gestiegen sind. Glück gehabt, Herr Kämmerer!

**Ganztag, ganz arg!**

◀ Seit Jahren fordert und beantragt DIE LINKE den qualitativen und quantitativen Ausbau des Offenen Ganztags an Grundschulen (OGS). Noch im letzten Jahr wurde zwar die Anzahl der Gruppen in der Nachmittagsbetreuung bis 16.00 Uhr erhöht, ohne allerdings da-



für städtische Mittel in die Hand zu nehmen. Schuldezernent Renzel (CDU) und sein Viererbündnis von CDU/Grünen/FDP/EBB haben stattdessen kurzerhand die Ausstattung mit Fachkräften nach unten nivelliert, also Betreuungsstandards weiter gesenkt. In einer Vorlage der Jugendverwaltung wird den Fraktionen nun lapidar mitgeteilt, dass der tatsächliche Bedarf nach Ganztagsbetreuung nicht erfüllt werden kann, und es „nicht vorgesehen“ ist, einen weiteren Ausbau vorzunehmen. Die Gruppenszahl sei auf insgesamt 313 in ganz Essen festgeschrieben und der städtische Zuschuss auf 4,5 Mio. Euro „gedeckt“. Elternwille egal, Elternnot ebenso. Familienfreundlichkeit aber gern in Sonntagsreden.

**SPD sekundär?!**

◀ Irgend etwas scheinen die Essener Sozialdemokraten falsch verstanden zu haben. Zwar lässt der von rot-grün und CDU auf Landesebene beschlossene so genannte „Schulkompromiss“ die Sekundarschule (Gesamtschule light) zu, nirgendwo steht allerdings geschrieben, dass man eine solche einrichten muss. Das hindert die SPD nicht daran, sich massiv für die Einrichtung von Sekundarschulen in der Großstadt Essen einzusetzen, ohne dabei zu berücksichtigen, dass ein solches Vorgehen die Existenz bestehender und nachgefragter Gesamtschulen unnötig gefährdet – schließlich leben wir nicht auf dem Lande.



Von Hans Peter Leymann-Kurtz

Könnte man meinen, aber in Wirklichkeit sind all diese Zumutungen für die Konsolidierung des städtischen Haushalts nur von marginaler Bedeutung. Das Märchen vom „Sparen“ wird fortgesetzt.

Seit weit über zwanzig Jahren versuchen SPD und Grüne, Schwarze und Gelbe durch immer neue Streichungs- und Kürzungsmaßnahmen, die sie „Sparen“ nennen, den Haushalt zu sanieren. Doch obwohl es kaum noch so genannte „freiwillige Leistungen“ gibt, Schulhausmeister fehlen, Straßendecken zerbröseln und Gebäude verrotten, ist die Verschuldung der Stadt und ihrer Töchter mit ca. 4,5 Milliarden so hoch wie nie zuvor. Auch die jährliche Neuverschuldung ist keineswegs geringer geworden. Seitdem das Viererbündnis aus CDU/Grünen/FDP/EBB mit ihrem Kämmerer Klieve und Oberbürgermeister Paß (SPD) „regiert“, ist der Jahresfehlbetrag (also die jährliche Neuverschuldung) von 146 Millionen (in 2009) auf 211 Millionen (Erwartung für 2012) angestiegen. Und dies trotz Leistungs- und Personalabbau, und den damit verbundenen Serviceeinschränkungen für die BürgerInnen. Langsam aber stetig dringt DIE LINKE mit ihrem belegbaren Hinweis durch, dass für die Sanierung des Haushalts das Augenmerk zu lange – ganz in neoliberaler Tradition – auf die Ausgabeseite gelegt wurde, statt sich der Einnahmeseite – da wo es sozial vertretbar ist – zuzuwenden.

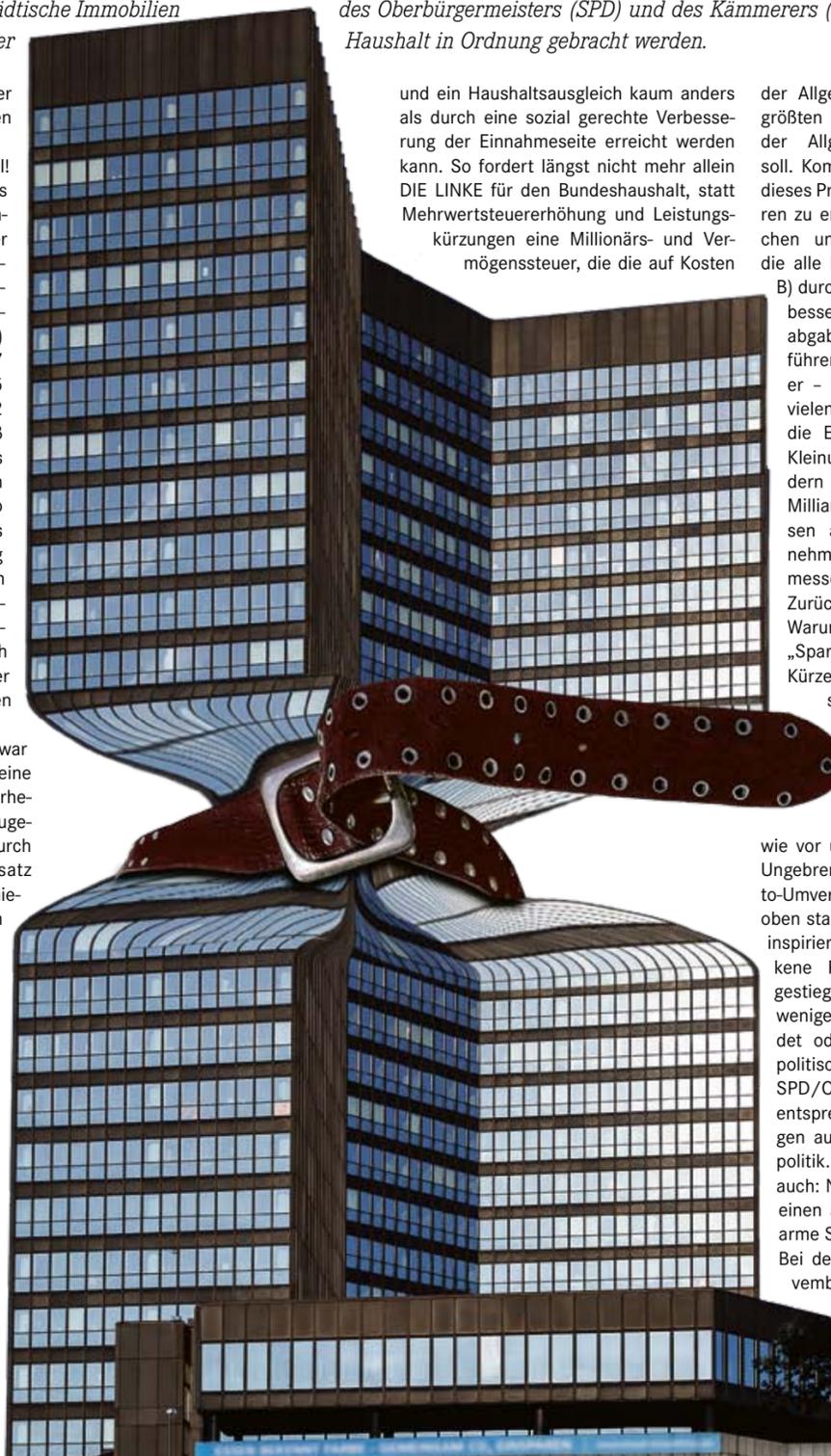
Die vom Oberbürgermeister Anfang September auf dem 1.000-Stellen-Beschluss basierenden vorgelegten Vorschläge zum Personal- und Leistungsabbau (bezogen auf die 183 zusätzlichen Vollzeitstellen auf Grundlage des 1.000-Stellen-Beschlusses) brächten nämlich selbst bei vollständiger Umsetzung kaum mehr als 5 Millionen Haushaltsverbesserung pro Jahr. Erkauft mit massiven Einschränkungen für die BürgerInnen

und teils unwiederbringlicher Zerstörung von Öffentlichen Dienstleistungen. 5 Millionen – das klingt viel! Wer weiß aber schon, dass der Kämmerer auf der anderen Seite, nämlich der Einnahmeseite, allein bei Gewerbesteuer und Schlüsselzuweisungen (andere Steuerarten nicht eingerechnet) mit Mehreinnahmen von 277 Millionen rechnet (von 575 Mio. Euro in 2011 auf 852 Mio. Euro in 2017)? Wer weiß überdies, dass angesichts eines Schuldenstandes von knapp 3,3 Milliarden Euro (Stadt ohne Töchter) bereits eine leichte Zinserhöhung um 0,5 Prozentpunkte den Haushalt um weitere 15 Millionen Euro im Jahr belasten würde? Auch mit noch so großen Sparopfern der BürgerInnen kann hiergegen nicht angeköpft werden. Deutlich wird, dass es zwar sinnvoll ist, hier und da die eine oder andere Million nach vorheriger Prüfung weniger auszugeben, weil beispielsweise durch

**Wie kann das sein, was ist schief gelaufen?**

senkt werden können, dass jedoch die Opfer und zu meist unsozialen Zumutungen für die BürgerInnen zur Konsolidierung des Haushalts eine zu vernachlässigende Größe sind. Warum dann also diese Sparlüge? Warum wird uns von den etablierten Parteien und ihren Parteibuchdezernenten (und -ministern) auf allen Ebenen eingeredet, durch „Sparen“ ließen sich heutzutage die öffentlichen Haushalte sanieren? Für fast alle öffentlichen Haushalte ist belegbar, dass eine Konsolidierung

Technikeinsatz oder Optimierung von Arbeitsabläufen Kosten gesenkt werden können, dass jedoch die Opfer und zu meist unsozialen Zumutungen für die BürgerInnen zur Konsolidierung des Haushalts eine zu vernachlässigende Größe sind. Warum dann also diese Sparlüge? Warum wird uns von den etablierten Parteien und ihren Parteibuchdezernenten (und -ministern) auf allen Ebenen eingeredet, durch „Sparen“ ließen sich heutzutage die öffentlichen Haushalte sanieren? Für fast alle öffentlichen Haushalte ist belegbar, dass eine Konsolidierung



## Vermögenssteuer jetzt!

500 Millionen Mehreinnahmen



Die Ratsfraktion DIE LINKE beantragt für die Ratsitzung im September, dass die Stadt Essen der Kampagne „Vermögenssteuer jetzt!“ beiträgt. Diesem bundesweiten Bündnis gehören neben zahlreichen Einzelpersonen und Organisationen mit Gießen und Marburg seit kurzem auch zwei Kommunen an. Die (Wieder-)Einführung einer Vermö-

genssteuer i.H.v. 5% allein auf große Geldvermögen ab 1 Million Euro (nicht auf Grundbesitz oder Betriebsvermögen!) brächte bundesweit rund 80 Milliarden Euro pro Jahr.

Da diese Steuer von den Bundesländern zum Teil an die Gemeinden durchgereicht wird, würde dies Mehreinnahmen für die Stadt Essen bis zu 500 Millionen bedeuten – angesichts eines jährlichen Defizits von rund 200 Millionen Euro könnte so sogar die Tilgung der Altschulden in Angriff genommen werden.

der Allgemeinheit angehäuften größten Vermögen zum Wohle der Allgemeinheit besteuern soll. Kommunal übersetzt heißt dieses Prinzip, statt VHS-Gebühren zu erhöhen, Kurse zu streichen und Kommunalabgaben, die alle betreffen (Grundsteuer B) durch die Decke zu treiben, besser eine Übernachtungsabgabe für Hoteliers einzuführen und die Gewerbesteuer – welche eben nicht die vielen Gemüsehändler um die Ecke und Klein- und Kleinunternehmen trifft, sondern die wieder steigenden Milliardengewinne der in Essen ansässigen Großunternehmen abschöpft – angemessen anzupassen. Zurück zu unserer Frage: Warum also wird weiter vom „Sparen“ geredet (womit Kürzen gemeint ist), obwohl so der vorgeblich angestrebte Zweck, der Haushaltsausgleich, nicht erreicht werden kann? Weil es nach wie vor um Umverteilung geht. Ungebremst findet eine de facto-Umverteilung von unten nach oben statt, anhaltend neoliberal inspiert. Langfristig gesunde Reallöhne bei massiv gestiegenen Gewinnen einiger weniger Superreicher. Geduldet oder gar gefördert vom politischen Mainstream von SPD/CDU/GRÜNE/FDP – mit entsprechenden Auswirkungen auch auf die Kommunalpolitik. Nach wie vor gilt aber auch: Nur Reiche können sich einen armen Staat oder eine arme Stadt leisten.

Bei den im Oktober und November anstehenden Essener Haushaltsberatungen wird DIE LINKE erneut die einzige Kraft sein, die auf diese „Spar“-Lüge hinweist und Alternativen zum ewigen aber gescheiterten Spar-Eiapoepia der Etablierten vorlegt. Wenn am 28.11. das Viererbündnis aus CDU/Grünen/FDP/EBB erneut einen bürgerfeindlichen Haushalt beschließt und die Öffentlichkeit täuscht, wird dies gegen den entschlossenen Widerstand und gegen die Stimmen der Linken Ratsfraktion geschehen.

**Nachtrag: Kurz vor Redaktionsschluss wurden die Fraktionen im Unterausschuss Finanzen darüber informiert, dass der Kämmerer innerhalb von drei Wochen die Einnahmeerwartungen um rund 40 Mio. Euro korrigieren musste. Hätte es noch eines Beleges dafür bedurft, dass die Musik woanders spielt: Nämlich bei den Einnahmen.**

## Ausschussarbeit:

## Ungesicherter Aufenthalt bleibt Integrationshemmnis

Seit Juli liegt eine erste externe Bewertung des Handlungskonzeptes „Chancen bieten Grenzen setzen“ vor. Hierbei wird deutlich, dass es – bei allen Rückschlägen – zur Weiterentwicklung der Ansätze im Handlungskonzept keine sinnvollen Alternativen gibt. Mit bloßen ordnungspolizeilichen Maßnahmen jedenfalls, wie von CDU, FDP und EBB lautstark gefordert, werden sich die Probleme nur verschärfen.

Dass jede 5. Person nur eine Duldung hat und wenig Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt, ist ein zentrales Problem. Gerade Jugendliche, die hier geboren sind und sich hier zugehörig fühlen, sehen sich durch die ausländerrechtlichen Bestimmungen benachteiligt.

## RWE verliert – Stadt Essen auch

Nein, nicht der Fußballverein, sondern der unsympathische Stromriese ist gemeint. Verschätzt hatten sich Kämmerer und Viererbündnis (CDU/Grüne/FDP/EBB), als sie mit einer RWE-Aktien-Dividende von 3,30 Euro rechneten. Letztlich wurden es nur 2,00 Euro pro Aktie. Bei rund 18,7 Mio. Stück im Besitz der Stadt (bzw. ihrer Tochtergesellschaften) führt das zu Einnahmeverlusten von weit über 20 Mio. Euro! Statt der „beschlossenen“ Gewinnabführung der EVV (der Holding der Essener Stadtgesellschaften) an die Stadtkasse wird nun ein jährlicher Verlustausgleich von 12,8 Mio. Euro fällig.

## Messe über alles?

Während durch den 1.000-Stellen-Beschluss für rund 5 Mio. Euro Personal gekürzt wird und wichtige Angebote für die BürgerInnen wegfallen sollen, stellt sich schon die Frage, ob es wirklich Aufgabe der Stadt ist, eine Messe zu unterhalten. Neben einmaligen Investitionen von wohl weit über 100 Mio. Euro sollen jährliche Zuschüsse i.H.v. 13,5 Mio. Euro fließen. Ein möglicher Ausstieg aus diesem teuren Zuschussgeschäft wurde gar nicht erst geprüft – sowohl CDU/Grüne/FDP/EBB wie auch SPD hatten einen entsprechenden Prüfauftrag der LINKEN abgelehnt.

## Strategieprozess Essen.2030

Schon allein der Arbeitstitel Strategieprozess Essen.2030 ruft vielfältige Erwartungen an die Ziele dieses Projektes hervor. Hört man die „Experten“ davon reden, so reden sie nicht vom Jahr zweitausenddreißig, sondern vom Jahr zwanzig dreißig, denn die Zahlen solchermaßen ausgesprochen, hören sich doch viel frischer und peppiger an. Lässt sich mit dieser Zahlenkombination nicht unterschwellig schon eine kleine Steigerung, möglicherweise Verbesserung verbinden? Klingt es nicht schon ein bisschen nach besserer Lebensqualität?

Von Claudia Jetter

Doch Schluss mit der Zahlenmagie, es geht schließlich um Essens Zukunft, die Strategie und den Prozess dorthin, der bereits die eine oder andere Begierlichkeit hervorgerufen hat. Zum Beispiel jüngst die Essener Wirtschaft, die sich nicht ausreichend in den Prozess eingebunden wähnte. Und das, obwohl doch im Beraterkreis ein Vertreter der Interessengemeinschaft Essener Wirtschaft (IEW) und zumindest ein/e weitere Wirtschaftsvertreter/in sind, ferner im kleinen Steuerungskreis neben den Repräsentanten der Stadtverwaltung und zwei Beratern von Roland Berger, lediglich der Rektor der Uni Duisburg/Essen, der Geschäftsführer der Essener Wirtschaftsförderungsgesellschaft (EWG) und ein Vertreter der IEW teilnehmen. Doch auch weitere Institutionen, Organisationen und Gruppen haben ihr Interesse an einer Mitarbeit angemeldet, so dass OB Paß, quasi als Schirmherr des angestoßenen Prozesses, noch einmal betonte, dass alle, die sich beteiligen wollen, auch die Gelegenheit dazu erhalten. Endlich mal wirkliche BürgerInnenbeteiligung? Und dieses Mal nicht nur die Beteiligung an Spar- bzw. Kürzungsvorschlägen zum städtischen Haushalt? So



Claudia Jetter ist Ratsfrau der Fraktion DIE LINKE

hört es sich jedenfalls an. Alle dürfen sich beteiligen. Alle Vorschläge sollen in die Strategie einfließen. Und im Gegensatz zur zwischenzeitlich eingestampften „bürgerorientierten Haushaltskonsolidierung“ können sich BürgerInnen nicht nur Online beteiligen, sondern direkt und persönlich im „Dialog-Café“ und am so genannten „Dialog-Bus“, der zurzeit alle Stadtteile besucht. So oder so ähnlich könnte auch DIE LINKE sich Bürgerbeteiligung vorstellen. Denn nachhaltige Zukunftsvisionen sind allemal notwendig, angesichts von Umweltproblemen, von schrumpfender und gleichzeitig alternder Stadtbevölkerung sowie zunehmender Armut bei gleichzeitigem Abbau städti-

scher Bildungs- und Sozialeinrichtungen.

Warum nur beschleicht mich unterschwellig ein un gutes Gefühl dabei? Zugegeben, Bauchschmerzen – und zwar grimmige – hatten wir als LINKE schon, dass ausgerechnet Roland Berger Strategy Consultants als Berater für den Strategieprozess beauftragt wurde. Eben jener Berger, der sich bisher ja eher damit ausgezeichnet hat, Unternehmen zwecks Gewinnoptimierung die Legitimation für Arbeitsplatzvernichtung zu liefern. Hätte es keine Alternativen gegeben? Aber der Spruch „Wer bestellt, muss auch bezahlen“ gilt ebenso umgekehrt: „Wer bezahlt, will auch bestellen“, und das war in diesem Fall die Essener Wirtschaft.

Lässt sich mit diesem Prozess immer noch die Hoffnung verbinden, dass sich eine Strategie ergibt, die am Ende allen BürgerInnen etwas Positives bringt? Was ist, wenn sich die BürgerInnen eine Ausweitung des Volkshochschulprogrammes wünschen? Was ist, wenn an den Schulen die schleppende Instandhaltung aufgrund der geringen Hausmeisterstellen bemängelt wird?

Was ist, wenn sich die EssenerInnen zu Recht Mobilität wünschen, und zwar bezahlbare? Was ist, wenn die Essener nicht mehr von einem Stromkonzern abhängig sein wollen, sondern sich dezentrale, erneuerbare, kernfreie Energie wünschen? Wer wird ihnen sagen, dass genau diese Wünsche nicht erfüllt werden können, an manchen Stellen gar noch gekürzt werden soll! Sicherlich nicht das von städtischer Seite mit der

Koordination dieses Strategieprozesses beauftragte Büro für Stadtentwicklung, denn dieses soll laut Haushaltsvorlage aufgelöst werden. Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters. Denn Essen muss kürzen, kürzen, kürzen, weil die Stadt Mittel aus dem so genannten Stärkungspakt II des Landes NRW will. Dafür ist Bedingung, dass bis spätestens 2018 der städtische Haushalt ausgeglichen ist. Diesen Haushaltsausgleich hat die Ratsmehrheit aus CDU/FDP/GRÜNEN/EBB gemeinsam mit der SPD in ihrer unheimlichen Weisheit zwar bei der letzten Haushaltsverabschiedung 2011 für das Jahr 2015 schon beschlossen. Man muss aber schon ein Fuchs sein, um den Hasen zu erlegen bzw. die Kurve zu kriegen, denn trotz zusätzlicher Einnahmen für die Stadt (immerhin über 100 Mio. zusätzlicher Mittel aus Schlüsselausweisungen des Landes) müssen die oben genannte Vier-Parteien-Gruppe wie auch Essens Kämmerer wohl oder übel zugeben, dass der Haushaltsausgleich trotz gleichlautenden Ratsbeschlusses nun doch nicht 2015 erreicht werden kann.

Und mit welchem Geld sollen dann die vielen innovativen BürgerInnenvorschläge umgesetzt werden? Und was genau ist eigentlich die Zielsetzung des Prozesses, denn die bleibt auch nach der Zwischenpräsentation von „Essen.2030“ etwas schwammig. Da gibt es bei den fünf strategischen Handlungsfeldern den Mitmachtitel „Essen.erfolgen“

reich“, in dem es um die Steigerung der Zahl der Unternehmen und Arbeitsplätze geht. Braucht man einen Strategieprozess, um herauszufinden, dass sowohl die Stadt Essen als auch ihre BürgerInnen sich ausreichend und sogar noch qualifizierte Arbeitsplätze wünschen? Und zutiefst nachdenklich stimmt mich der „Essen.talentierte“, in dem dann die Rede ist von Eliten, Aufstiegsplätzen, Karrierechancen für die Besten usw. Das hört sich fast an, als wären die EssenerInnen bislang zu blöd bzw. zu untalentierte, um diesen Anforderungen gerecht zu werden, und nun sucht man nach neuen Menschen, kreativen Köpfen, die Talent haben. Und unter „Essen.vielfältig“ werden Absichten aufgelistet, die ich eigentlich schon für selbstverständlich hielt: „Essen von morgen hat Respekt: Vor allen Menschen mit ihren individuellen Lebensformen.“ Es wäre ein schlechtes Zeugnis für Essen, wenn dieser

## Visionen im kurzen Hemd

Respekt nicht bereits heute gezollt, sondern erst 2030 erreicht wird. Gestolpert bin ich über den Satz im gleichen Textteil: „... Mitmacher werden belohnt, Mäkler links liegen gelassen.“ Also doch kein Respekt gegenüber allen? Unhinterfragtes Mitmachen ohne kritische Begleitung? Ist das der richtige Weg in eine zukunftsfähige Stadt? Es ist ein Zwischenstand, der uns hier präsentiert wird, betont Roland Berger in seiner Abschlussbemerkung. Meine kritischen Anmerkungen hierzu verstehe ich nicht als „mäkeln“, sondern als konstruktive Begleitung dieses Prozesses.

## Essen.2030:

## Störfaktor Bürgerbeteiligung?

Beim Besuch des Messestands zu Essen.2030 auf dem Essener Ideenpark erläutert mir Projektleiter Herr Berndmeyer in einem netten Gespräch das Konzept. Mit einigen bunten Flyern in der Tasche gehe ich nach Hause und beschließe, mich genauer zu informieren. Engagement für Wandel und Mitbestimmung ist doch schließlich wichtig!

Von Anabel Jujol

Also besuche ich die Webseiten der Stadt Essen, lese erste Pressemeldungen und stelle fest: Die Ziele sind bereits definiert, die Gremien sind mit Funktionsträgern aus Politik, Kultur, Wissenschaft, Unternehmen usw. weitgehend besetzt, der Projektplan steht, die Themenschwerpunkte sind ausgewählt, Sponsoren finanzieren die Planung, kompetente Partner aus Marketing und Consulting steuern den Prozess. Jetzt fehlt nur noch eines: die Bürgerbeteiligung. Diese ist nicht etwa die Teilnahme von möglichst vielen Bürgern an allen Phasen des Projektes von der Zielsetzung über die Themenfindung bis zur Umsetzung. Sie ist vielmehr das Sahnehäubchen auf einer im Prinzip fertigen Kampagne. Ein Teilbereich der Strategie, der gerade groß genug ist, um kreative Potenziale ausgewählter Protagonisten zu nutzen, und eng genug gesteckt, um feste Handlungsabläufe, Machtstrukturen und Zielvorgaben nicht zu stören. Welchen Interessen ist gedient, wenn ausgerechnet Roland Berger Strategy Consultants mit der Projektsteuerung beauf-

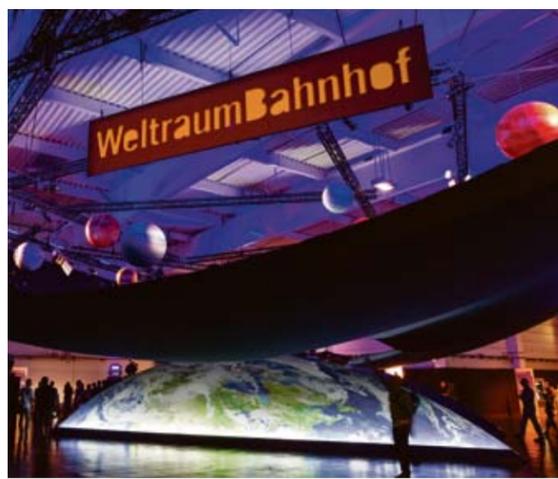
tragt wird und das ganze Projekt durch die Interessengemeinschaft der Essener Wirtschaft (IEW) finanziert wird?

Die Ziele der Strategie finden sich auf der Essener Webseite: Zukunftsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit, bedingt durch Lebensqualität und Toleranz, Image und „Attraktivität als Unternehmensstandort“. Die messbaren gewünschten Ergebnisse werden formuliert: Von Einwohnerwachstum, Bruttowertschöpfung, Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen ist die Rede. Wettbewerb, Konkurrenzkampf, Wachstum und Erfolg dominieren das Konzept neben Toleranz, Respekt und Miteinander.

Ich vermisse Menschlichkeit, soziale Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Freiheit, Mitbestimmung, Verantwortung, Solidarität, Gemeinwohl, aber die Auswahl der Begriffe wurde ja im Vorfeld getroffen, da habe ich leider Pech.

Ich betrachte die konkrete Umsetzung der Bürgerbeteiligung und erfahre, dass 16 ausgewählte junge Leute in einem Workshop Utopien zu ihrer Stadt entwerfen durften, dass am 22.09.2012 ein Bürgercafé eröffnet sowie Bürgerbusse eingesetzt werden sollen. Orte, Termine und genauere Bedingnisse für die Beteiligung sind noch offen. Es beschleicht mich ein un gutes Gefühl. Ich fühle mich mit den Fragestellungen im „Multiple Choice“-Prinzip vormundet, und der unterstellte Wertekanon missfällt mir.

Dann stolpere ich über einen Schlüsselsatz der Kampagne:



Weltraumbahnhof auf dem Ideenpark. Essen wartet auf außerirdische Ideen.



Anabel Jujol ist Occupy-Aktivistin

„Die Stärken stärken, die Schwächen schwächen!“ Liegt es nicht gefährlich nah, zwei der Umlaute durch Vokale zu ersetzen, bei solchen Werten und Zielen? Demokratie beschäftigt sich mit der Frage: Wie wollen wir leben? Möchte ich die Antwort von Marketingstrategen und Wirtschaftsverbänden erarbei-

ten lassen und mich in einem zugewiesenen Rahmen unter festgelegten Voraussetzungen entscheiden?

Werden sich die Bürger meiner Stadt emanzipieren, sich über soziale Netzwerke selbständig austauschen, vernetzen und organisieren, um sich dann gemeinsam und vielfältig für eine Zukunftsgestaltung zu engagieren, deren Ziele sie selbst verhandelt haben?

Ich wünsche mir, dass wir Essenerinnen und Essener mündig genug sind, uns unabhängig von solchen Marketingkampagnen zu beteiligen, und kritisch genug, um uns eigene Freiräume zu schaffen für echte Demokratie, für Werte, für die Möglichkeit eine Stadtentwicklung alternativ zu denken – auch ohne Profitzwänge, Konkurrenz- und Wachstumsdenken.

## Beratungskommission:

## Neue Lösungsansätze finden

Interview mit der Vorsitzenden von Pro Asyl Essen

Pro Asyl setzt sich seit langer Zeit für eine ausländerrechtliche Beratungskommission ein. Was verspricht Ihr euch davon?

**Kathrin Richter:** Natürlich ist die Ausländerbehörde gehalten, ihren Ermessensspielraum zu nutzen, um die ausländerrechtlichen Bestimmungen human zu vollziehen. Aber wir erleben auch immer wieder, dass nicht alle Fakten in den Blick kommen, die eine Abschiebung verhindern könnten. Da kann eine Beratungskommission wertvolle, unterstützende Arbeit leisten. Sie schaut einfach noch einmal aus einem anderen Blickwinkel auf die Akten und stellt auch andere Fragen und bekommt dadurch Antworten, die zu neuen Lösungsansätzen führen können.

Welche Erfahrungen gibt es in anderen Städten? Wer beteiligt sich dort an der Arbeit einer solchen Beratungskommission?

**Kathrin Richter:** Auch in anderen Städten gab es zuerst Widerstände. Aber inzwischen hören wir von guter, vertrauensvoller Zusammenarbeit und vom Abbau von Konfrontationen. Ausländerbehörden bitten ihrerseits die Beratungskommissionen um Mithilfe, Auswirkungen neuer Erlasse werden umgehend kommuniziert. Damit wird die Arbeit der Ausländerbehörde transparent. Misstrauen wird abgebaut. Das alles dient dem innerstädtischen Frieden.

Warum ist es bisher in Essen nicht gelungen, eine ausländerrechtliche Beratungskommission einzurichten?

**Kathrin Richter:** Das ist mir auch unverständlich, zumal die Einrichtung einer Beratungskommission schon in früheren Koalitionsverhandlungen angedacht wurde. Die Verwaltung in Essen betrachtet bedauerlicherweise die in zahlreichen Kommunen formulierte Absicht, die

Ausländerbehörde zu unterstützen, als „nicht hinnehmbar“.

Kannst Du kurz eure nächsten Schritte skizzieren? DIE LINKE unterstützt euch ja seit Jahren bei eurem Einsatz für die Verbesserung der Situation für Flüchtlinge. Was sind aktuell Deine Erwartungen?

**Kathrin Richter:** Nachdem Pro Asyl bereits an einem Entwurf des Integrationsrates mitgearbeitet hat, ist jetzt die Politik am Zug. Ich hoffe, dass die Verwaltung, besonders die Ausländerbehörde Essens, überzeugt werden kann, dass es nicht um eine Aushebelung ihrer Kompetenz geht. Ich erwarte, dass interfraktionelle Gespräche bald zu einem Ratsbeschluss führen. Möglich ist ja auch, wie in Herne, eine zweijährige Probephase.

(Das Interview führte Gabriele Giesecke.)

## Impressum:

**Essener Morgen – Solidarisch, parteilich, links** wird herausgegeben vom Kreisverband DIE LINKE.Essen in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Essen und dem Wahlkreisbüro Ulla Lötzer (MdB); Redaktion: Jörg Bütelfür, Ralf Fischer (v.i.S.d.P.); Seite „Aus dem Bundestag“: Ulla Lötzer (v.i.S.d.P.). Satz und Layout: Steinmann, Feldhaus & Partner GmbH, Otmarstr. 5, 45131 Essen; Druck: Nordost-Druck GmbH & Co. KG, Flurstr. 2, 17034 Neubrandenburg; Auflage: 5.000 Stück. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Auffassungen von Redaktion und Herausgeber wieder. Kontakt: Redaktion „Essener Morgen“, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen, Telefon: 0201-8602904, Fax: 0201-8602906, E-Mail: essener-morgen@dielinke-essen.de Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1. April 2011. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 22.11.2012.

Im Dezember 2011 fasste die Mitgliederversammlung des LINKEN Kreisverbandes den Beschluss, die Geschäftsstelle in der Severinstraße 1 nach Heinz Renner zu benennen. Im Rahmen einer Feierstunde am 9. September 2012 wurde dies vollzogen.

**H** Von Rainer Burk

Heinz Renner wurde 1892 in Lückenburg geboren und 1914 an die Westfront einberufen. Als Unterfeldwebel wurde er an der Front zweimal verwundet und

**„Ich übernehme das oberbürgermeisterliche Amt aus den Händen eines Mannes, der es in schwerster Zeit mutvoll und tatkräftig verwaltet hat. Sie wissen, Herr Renner, dass ich bei aller politischen Abweichung (...) ich insbesondere vor Ihrer menschlichen Art große Hochachtung habe.“**

*(Gustav Heinemann nach Amtsantritt als neuer Essener Oberbürgermeister am 30. Oktober 1946)*

kam, dekoriert mit dem EK I und II, 1917 in seiner zukünftigen Heimatstadt Essen ins Lazarett.

Die Erfahrung des I. Weltkrieges machte ihn zum Pazifisten. Folgerichtig sein Bruch mit der SPD, deren Mitglied er seit 1910 gewesen war: Über die USPD wechselte er 1920 zur KPD. Als Mitarbeiter der KPD-Ratsfraktion in Essen entwickelte er sich sehr schnell zu einem Fachmann für Sozialpolitik. 1924 zog die KPD mit 20 GenossInnen in den Rat der Stadt ein. 1932 wurde Renner zum Fraktionsvorsitzenden gewählt. 1933 floh er vor den Nazis nach Frankreich. Nach Ausbruch des Krieges wurde er 1943 an die Gestapo ausgeliefert. Er entging dem Transport nach Dachau durch die Befreiung aus dem Zuchthaus Ludwigsburg.

Renner kam in das zerstörte Essen zurück, wo er in einen 13-köpfigen Bürgerausschuss zur Unterstützung des Oberbürgermeisters berufen wurde. Ab Februar 1946 hatte er selbst für acht Monate dieses Amt inne, bis als Ergebnis der ersten Kommunalwahl im Oktober Gustav Heinemann sein Nachfolger wurde. Nach der Landtagswahl 1946 bekleidete er mehrere Ministerposten, bis er 1948/49 als Mit-

Anlässlich des Antikriegstages am 1. September 2012 lud das Essener Friedensforum in Kooperation mit dem DGB zu einer Gedenkveranstaltung ein. Auch das Essener Jugendbündnis plädierte, mit einer beeindruckenden Rede, klar gegen Krieg, Gewalt und Faschismus.

Vor knapp 100 Jahren war es für die Herrschenden leichter, die Völker in den Krieg zu führen. Die Jubelnden des Jahres 1914, die noch nicht ahnten, dass Verdun nur mit dem One-Way-Ticket zu erreichen war. Die Begeisterten, denen man erzählt hatte, den Feind erkenne man an der anderen Sprache, nicht am prallen Geldbeutel. Dies hat sich geändert – zum Glück. Unwahrscheinlich, dass 2003 Abertausende einer schwarzgelben Regierung in den Irak-Krieg gefolgt wären. Nur noch bei wenigen Menschen zwischen 15 und 30 verfangen die Lügen, die für Konflikte und deren gewalttätige Lösung werben.

Doch bis hierhin war es ein weiter Weg, auf dem linke und konfessionelle Verbände und Gruppen seit Jahrzehnten Meilensteine setzen. Zivilgesellschaftlich engagierte Menschen bekämpfen den Nationalismus, der der Nährboden ist, aus dem kriegerische Absichten sprießen und sich weiter verbreiten. Wir sind diese Zivilgesellschaft und wir lassen uns nicht mundtot machen. Denn nicht mundtot, sondern mündig sind junge Menschen heute, wenn es um Krieg und Frieden geht. Wir sind nicht mehr bereit, für Gott und Vaterland unser Leben zu geben – und das ist gut so.



Foto: Stefan Dolge

## Geschäftsstelle der LINKEN benannt

# Willkommen im Heinz-Renner-Haus!

**„Ich suche mir die Leute, die mir sympathisch sind, einstweilen noch selber aus.“**

*(Konrad Adenauer auf Drängen der CDU-Fraktion, er möge sein im persönlichen Bereich herzliches Verhältnis zu Renner ändern, da es zu Missdeutungen führen könne.)*

glied des Parlamentarischen Rates an der Entstehung des Grundgesetzes mitwirkte. Von 1949 bis 1953 war Renner Mitglied des Deutschen Bundestages. Nach dem KPD-Verbot 1956 wurde seine Kandidatur als unabhängiger Abgeordneter zur Landtagswahl als „Fortführung

der KPD“ ausgelegt. Heinz Renner wurde verhaftet, und man verlangte sogar wegen „umstürzlerischen Verhaltens gegen die BRD“ die Rückzahlung von „unrechtmäßig“ erhaltenen 22.000 DM Rente. Vor der Untersuchungshaft bewahrte ihn nur sein schlechter Gesundheitszustand. Nachdem ihm die Rente gestrichen worden war, gab es für ihn keine Existenzgrundlage mehr in der BRD. Er „floh“ 1960 in die DDR, in der er 1964 verstarb.

Er war ein streitbarer Geist, der sich vehement für die Benachteiligten und die Opfer der beiden Weltkriege eingesetzt hat und engagiert gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik kämpfte. Ein Politiker, der von den Nazis verfolgt und von der



Foto: Stadtarchiv

Heinz Renner (1892–1964)

jungen Bundesrepublik im Kalten Krieg kriminalisiert wurde, der sich stets für Pazifismus und für soziale Gerechtigkeit einsetzte, ist für DIE LINKE sicherlich ein würdiger Namensgeber.

In der Geschäftsstelle der LINKEN wird eine Ausstellung Aufschluss über Leben und Wirken Heinz Renners geben. Für 2013 ist geplant, einen Heinz-Renner-Preis ins Leben zu rufen, mit dem Organisationen oder Einzelpersonen geehrt werden, die sich in seinem Sinne für soziale Gerechtigkeit, Antifaschismus und Frieden engagieren.

Rainer Burk ist Sprecher des Kreisverbandes DIE LINKE. Essen

# Es ist an der Zeit

## Ein Beitrag zum Antikriegstag



Rede zum Antikriegstag am 1. September 2012 von Vincent Knopp, SJD Die Falken

Foto: Peter Köster

In den letzten Jahren der Wehrpflicht zogen die meisten Einberufenen den Zivildienst vor. Trotz Werbung an Schulen sehen nur wenige die Bundeswehr als attraktiven Arbeitsplatz.

In seinem Song „Es ist an der Zeit“ fragt Hannes Wader einen Grabstein: „Warst du Soldat um zu sterben, nicht um jung zu

sein?“ Nein, würden wir heute antworten, wir sind keine Soldaten, denn wir wollen jung sein!

Die Menschenrechte sind eine der wertvollsten Ideen, die in diesen Breitengraden je schriftlich festgehalten wurden. Umso trauriger, empörender, dass sie immer wieder als Ausrede für kriegerisches Engagement missbraucht werden. Denn in

bewaffneten Konflikten geht es um etwas anderes: um geopolitische Macht, um Absatzmärkte, um schwarze Zahlen bei den Waffenproduzenten, um Nationalstolz.

Zwischen Israel und dem Iran ist eine militärische Auseinandersetzung möglich. Offiziell fühlt sich die israelische Regierung vom iranischen Urananreicherungsprogramm bedroht, da sie befürchtet, dieses könnte auch militärischen Zwecken dienen. Auf der anderen Seite fiel der iranische Präsident Ahmadinedschad immer wieder mit Provokationen in Richtung Israel auf. Beide Staaten rüsten auf, da sie den Militärschlag der Gegenseite antizipieren.

Wie reagieren die jungen Menschen in Israel und Iran auf dieses Szenario? Die Antwort: sie richten eine Facebook-Seite namens Israel-liebt-Iran ein, um zu zeigen, wie wenig ihnen an einem bewaffneten Konflikt liegt. Die Seite stellt eine Plattform dar, auf der die martialischen Aussagen von Ahmadinedschad und Netanjahu kritisiert und widerlegt werden. Kreative, nachdenkliche Beiträge – oft unterlegt mit persönlichen Fotos – beweisen, wie absurd es die meisten Menschen heute finden, sich gegeneinander in Waffengänge zu begeben. Die Seite wurde innerhalb kürzester Zeit zehntausende Male angeklickt. Dieser einfache, aber deutliche Protest stellt das Säbelrasseln der iranischen und der israelischen Regierung radikal in Frage.

Die Initiative zeigt mit simplen Mitteln, wie wenig junge Menschen heutzutage bereit sind, sich gegeneinander aufzustacheln zu lassen, zum Spielball, ja zum Bauernopfer der „großen Politik“ zu werden. Längst haben Menschen aus dem Iran eine ähnliche Seite gepostet. Endlich wird die Hoffnung greifbar, die Bert Brecht in seinem „Solidaritätslied“ formulierte: „Schwarzer, Weißer, Brauner, Gelber, endet ihre Schlächtereien. Reden erst die Völker selber, werden sie schnell einig sein.“

Nationalismus, Prestigedenken und Profitstreben stellen die ideelle Grundlage des Krieges dar. Waffenhersteller sind für die materielle Seite verantwortlich. Sie produzieren das Schmiermittel, ohne das die Maschine Krieg nicht reibungslos läuft. Die leichte Verfügbarkeit von Waffen ist eine zentrale Ursache für die Eskalation von Konflikten weltweit. Die USA, Russland und auch Deutschland werden von verschiedenen Statistiken als die größten Waffenexporteure ausgewiesen. In einer aktuellen Kampagne weist Amnesty International darauf hin, dass pro Minute ein Mensch an Waffengewalt stirbt. „Die bestehenden nationalen und internationalen Exportkontrollen sind lückenhaft“, bemängelt die Organisation. Auch weitere NGOs kritisieren den weltweiten Handel mit Rüstungsgütern. So weist etwa Greenpeace auf Deutschlands führende Rolle hin: „Deutschland ist Europameister im Waffenexport“. Die bestehenden Exportkontrollen sind ausbaufähig, da sie die Flut von Waffen bislang nicht unterbinden können. Am heutigen 1. September, am Jahrestag der deutschen Invasion in Polen, sagen wir als junge Menschen: Nicht mit uns! Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Von Ullrich Indersmitten

#### Gründung-2006

Anfang Februar 2006 gründete sich die Initiative „Essen gibt Gas - Bürgerinitiative für faire Energiepreise“. Anlass waren die extremen Gaspreissteigerungen. Die Stadtwerke Essen erhöhten den Gaspreis innerhalb von acht Monaten um 25 Prozent.

#### Vereinsstruktur

Ein Jahr später, im April 2007, gab sich die Initiative eine festere Vereinsstruktur. Eine Satzung wurde beschlossen, mit dem gemeinsamen Ziel: „Der Verein wirkt darauf hin, die unfairen Energiepreise zurückzudrängen. Er macht sich dafür stark, die Einflussnahme gewinnorientierter Großunternehmen auf die Energiepreise zu reduzieren. Der Verein tritt dafür ein, dass die Versorgung mit Gütern des alltäglichen Lebens wie z.B. Gas und Strom bezahlbar bleibt.“

#### Erster Widerstand

Auf diesem Hintergrund wurden Informationsstände durchgeführt und Flyer erstellt, die die Möglichkeiten des Protestes und des Widerstands zur Preiserhöhung darstellten. Zum damaligen Zeitpunkt gab es nur einen Gasanbieter in Essen, die Stadtwerke Essen. Sie hatten im Hinblick auf die Preisgestaltung eine Monopolstellung.

#### Preisboykott

Die Initiative riet allen Bürgern, nicht den erhöhten Preis zu zahlen, sondern nur noch eine reduzierte Gaspreiszahlung zu entrichten. Laut Gesetz muss im Interesse des Verbrauchers der Gaspreis angemessen sein und darf nicht beliebig erhöht werden. Neben der reduzierten Zahlung forderten sie die Stadtwerke auf, die Preiskalkulation offen zu legen, um belegen zu können, dass die Preiserhöhungen willkürlich sind, also eben nicht angemessen sind. Die Stadtwerke kamen der Forderung nach Offenlegung der Preiskalkulation bis heute in keinem Fall nach. Warum wohl?!

#### Erfolg des Preisboykotts

Die Initiative konnte sich mit der Zahlung eines reduzierten Gaspreises trotz Androhung von Mahnbescheiden durchsetzen. Das machte bei dem einen oder anderen Verbraucher mehrere hundert Euro aus, mancher Verbraucher konnte sogar über 1.000 Euro einsparen, Gelder, die ansonsten die Stadtwerke einfach kassiert hätte.

#### Gewinne vorprogrammiert

Gleichzeitig mit unserem Erfolg wurde den Stadtwerken per Gesetz ein Kündigungsrecht eingeräumt, wenn ein Kunde eine Preiserhöhung nicht akzeptiert. Dies ging einher mit einer Marktliberalisierung, die angeblich im Interesse des Endverbrauchers wäre. Es gibt seitdem mehrere Gasanbieter am Markt und man sagte, ein Endkunde könne bei einer Preiserhöhung zu einem anderen Anbieter wechseln. Die Konsequenz ist aber, dass die Angemessenheit des Gaspreises weiterhin im Dunkeln bleibt und der Endverbraucher selbst bei einem Wechsel zu einem anderen Anbieter von Jahr zu Jahr mit steigenden Gas- und Strompreisen konfrontiert ist. Wem nutzt es? Wir meinen: den Stadtwerken und den großen vier Energiekonzernen.

#### Die vier großen Energiekonzerne und unser Protest

Die größten Gewinner von Strom- und Gaspreiserhöhungen sind die vier großen Monopolisten im Energiebereich: EON, RWE, EnBW, Vattenfall. Sie verdienen an der Erzeugung, an der Durchleitung und oft sogar am Endverkauf der Energie an den Kunden. Die letzten Gewinnzahlen von EON und RWE lauteten: Nachhaltiger Konzernüberschuss für EON im ersten Halbjahr 2012 von 3,2 Milliarden Euro - 2,4 Milliarden mehr als im VORJAHR! Der RWE-Gewinn stieg 2011 auf 8,4 Milliarden Euro. All das sind Gelder, die die Endverbraucher für ihren Strom und ihr Gas über Gebühr bezahlt haben. Güter der Daseinsfürsorge wie Gas und Strom sollten nicht von gewinnorientierten Unternehmen bewirtschaftet werden. Da diese Unternehmen nur ihren Gewinn im Auge haben und nicht die Interessen der Menschen, gehören sie verstaatlicht und von der Gesellschaft (eben nicht von Privatbesitzern) kontrolliert und geführt. Das würde allen Endverbrauchern nützen.

#### Unterschriftensammlung

Zur Umsetzung unserer Ziele, entsprechend unserer Satzung („... macht sich dafür stark, die Einflussnahme gewinnori-



Fracking: Liefern die Stadtwerke Essen demnächst auch Gas aus dem Wasserhahn?

Foto: Stefan Dolge

# Essen gibt Gas

Bürgerinitiative für faire Energiepreise



Ullrich Indersmitten ist Vorsitzender der Initiative „Essen gibt Gas - Bürgerinitiative für faire Energiepreise“

entierter Großunternehmen auf die Energiepreise zu reduzieren...“), führte die Initiative eine Unterschriftensammlung gegen die Macht der großen Monopolisten mit folgendem Text durch: „Energiepreise senken. Wir fordern die Bundesregierung auf: 1.) Stoppen Sie die Profitgier der vier großen Energiekonzerne (EON, RWE, EnBW, Vattenfall), 2.) Sorgen Sie für eine Senkung der Energiepreise für die Bevölkerung.“

Im November 2008 schloss die Initiative diese Unterschriftensammlung ab. Die Unterschriften gingen an die Bundesregierung und an den NRW-Ministerpräsidenten. Lediglich vom NRW-Ministerium erhielt die Initiative überhaupt eine Antwort. Sie war aus unserer Sicht absolut unbefriedigend und nicht im Sinne des Endverbrauchers.

#### Stadtwerke Essen machen Gewinne auf Kosten der Kunden

Die Stadtwerke machten in 2007 und 2008 mit dem Verkauf von Gas an den Essener Kunden hohe Gewinne. Gewinne an die Stadt wurden abgeführt in Höhe von 18,9 Mio. € in 2008 und 18,3 Mio. € in 2007. Die Gewinne wirken für die Stadt wie eine zusätzliche verdeckte Steuereinnahme. 2010 stellte die Initiative einen Antrag bei der Stadt Essen, den Gewinnabführungsvertrag zwischen der Stadt und den Stadtwerken Essen abzuschaffen. Die Begründung dazu lautete: „Die Stadtwerke Essen beliefern durch den Gewinnabführungsvertrag ihre Gaskunden nicht mit möglichst preisgünstiger Energie, was aber das Energiewirtschaftsgesetz verlangt. Laut diesem Gesetz sind Energiever-

sorgungsunternehmen zu einer möglichst sicheren, preisgünstigen, verbraucherfreundlichen, effizienten und umweltverträglichen leitungsgebundenen Versorgung der Allgemeinheit mit Elektrizität und Gas verpflichtet.“

Der Antrag gelangte nie in den Rat. Er wurde bereits im Ausschuss zur Anhörung von Anträgen abgelehnt. Wir fragen uns: ein demokratischer Akt? Und wessen Interessen werden hier bedient?

#### Derzeitige Aktivitäten der Initiative

**Treffpunkt der Initiative „Essen gibt Gas - Bürgerinitiative für faire Energiepreise“ ist jeden ersten Montag im Monat um 19:30 Uhr im Haus der Begegnung, Weberplatz 1, Stock 1.**

**Interessierte können einfach vorbeikommen. Kontakt zur Initiative kann man herstellen über Tel.: 0201-6121606 oder per email: essengibtgas@gmx.de. Die Homepage der Initiative lautet: www.faire-energiepreise-essen.de**

Ein aktuelles Thema ist das Fracking, das Einpumpen von schädlichen Chemikalien mit hohem Druck in tiefe Gesteinsschichten, um Gas zu gewinnen. Hier wollen wir deutlich machen, dass wiederum gewinnorientierte Energieunternehmen auf Kosten von Natur und Menschen ihre Renditen sichern wollen. Eine solch riskante Energiegewinnung ist aus unserer Sicht keinesfalls notwendig und gilt sofort eingestellt. Die Initiative beschäftigt sich zudem, derzeit schwerpunktmäßig, mit der Energiewende. Dabei gilt es, Zusammenhänge zu erkennen: zwischen den Wirtschaftsinteressen der großen vier Monopolisten und den Entscheidungen der jetzigen Bundesregierung. Im Moment wird die Förderung alternativer Solarenergie zurückgefahren, obwohl ein größeres Potential in diesem dezentralen Produktionsbereich möglich wäre. Immer mehr Betriebe werden dabei von der Öko-Umlage freigestellt, was zu Lasten des Endverbrauchers geht. Gleichzeitig werden die großen Monopolisten von der CDU/FDP-Regierung animiert, große Windparks in der Nordsee zu installieren. Dabei werden ihnen Risiken abgenommen und satte Renditen garantiert. Diese Zusammenhänge zu durchleuchten und darüber aufzuklären ist eines unserer Hauptziele. Preiserhöhungen, die im Strom- und Gasbereich im Moment in der Diskussion stehen, sind darüber hinaus für uns auch ein aktuelles Thema. Sie werden uns immer wieder neu beschäftigen, solange die Monopolstrukturen im Strom- und Gasmarktbereich existieren. Mitstreiter, die sich mit den Verhältnissen nicht abfinden möchten, sind herzlich willkommen, bei uns mitzumachen.

#### Kurz belichtet:

##### Personal in den Bibliotheken:

Kurz vor den Sommerferien folgten alle Ratsfraktionen unserem Antrag, das Netz der Stadtteilbibliotheken zu erhalten. Nicht folgen wollte insbesondere das Viererbündnis aus CDU/Grünen/FDP/EBB dem Teil unseres Antrags, der definiert, dass auch ausreichend Personal bereitgestellt wird. Nun sollen - auf Vorschlag des Kulturdezernenten - acht Vollzeitstellen („Einsparung“: 368.000 Euro) bei den Stadtteilbibliotheken gestrichen, und damit verbunden die Öffnungszeiten teils drastisch zusammen gestrichen werden.



##### Personal in den Bürgerämtern:

10,5 Vollzeitstellen („Einsparung“: 483.000 Euro) sind hier zur Streichung vorgesehen. Mit der Folge, dass sechs der neun Bürgerämter geschlossen werden sollen. Noch vor rund 15 Jahren wurde die Einführung und Dezentralisierung der Bürgerämter („Alles unter einem Dach“) groß abgefeiert - rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln?

##### Personal im Stadtarchiv:

Rund 9 Mio. Euro wurden investiert - nun soll kein Geld fürs Personal mehr da sein. Vier Vollzeitstellen („Einsparung“: 184.000 Euro) stehen zur Disposition. Damit fehlt künf-

tig das Personal, um Archivgut zu pflegen und einzulagern - was sich „nachteilig auf die Archivalien auswirkt“. Eine Benutzung des Lesesaals durch die Öffentlichkeit soll nur noch auf Anfrage möglich sein. Schon die Ausstellung zur Geschichte Essens ist wegen Personalmangel nur selten zugänglich.

##### Personal für das Kulturzentrum Schloss Borbeck:

Millionenbeträge wurden in die Sanierung der historischen Gebäude gesteckt. Nun sollen 1,5 Vollzeitstellen („Einsparung“: 69.000 Euro) gestrichen und der Kulturbetrieb drastisch reduziert werden. Unstrittig ist, dass bei weniger Veranstaltungen auch die Einnahmen sinken - tolle „Spar“nummer!

##### Stressbewältigung & Burn-Out-Prophylaxe

Techniken zur Stressreduktion und Burn-Out-Prophylaxe bietet der

„Raum für ganzheitliche Gesundheitsförderung“, Beethovenstraße 38,

mit Autogenem Training. Der Kurs aus acht Einheiten kostet 95,- Euro, die Kosten werden in der Regel anteilig von den Krankenkassen übernommen.

Kursleiterin ist die zertifizierte Gesundheits-trainerin Ulrike Eitelhuber, **Anmeldungen unter 01577-1422536.**

Stichwort:

# Kompass durch die Optionskommune

Ein Beitrag zum SGB II (Hartz4)

von

Rechtsanwalt Carsten Dams

Seit dem 01.01.2012 ist Essen eine so genannte Optionskommune oder amtlich: ein zugelassener kommunaler Träger nach SGB II. Nach außen erkennbar wird dies durch neues Briefpapier. Wo Stadt Essen draufsteht, ist auch Stadt Essen drin. Das neue Stadtamt 56 wird weiter als „JobCenter“ bezeichnet, nur besteht eine Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, wie früher, nicht mehr.



Carsten Dams ist Fachanwalt für Sozialrecht

Wer leistungsberechtigt ist, tut sehr gut daran, sich seine ersten „neuen“ Bescheide sehr genau anzuschauen, den neuen Aufbau zu verinnerlichen und bei auftretenden Fehlern oder Problemen nachzuhaken oder Beratung in Anspruch zu nehmen. Was die fliegende Überleitung zu Tipp 2 dieses Beitrags darstellt:

Seit dem Frühjahr gibt es in Essen eine weitere, kostenfreie Sozialrechtsberatung.

Diese findet jeden Dienstag von 13.30 bis 16.30 Uhr in der Vereinsgeschäftsstelle des Selbsthilfvereins BG45 Hartz4-

Dies hat zunächst einige organisatorische und praktische Folgen: Eine erhebliche Anzahl von Mitarbeitern der Bundesagentur sind plötzlich Mitarbeiter der Stadt Essen. Viele Dinge, die von der Bundesagentur zur Verfügung gestellt wurden, gibt es auf einen Schlag nicht mehr. So zum Beispiel die zwar fehlerhafte, aber trotzdem nicht ganz unwichtige Software zur Leistungsgewährung A2LL. An deren Stelle ist die von der Stadt beauftragte Software Comp.ASS getreten, die auch dem veränderten Outfit der Bescheide von Leistungsberechtigten zugrunde liegt.

Die gute Nachricht: Comp.ASS macht so einiges besser als die alte Software. So kann Comp.ASS Kaltmiete, Nebenkosten und Heizkosten im Bescheid getrennt aufführen. Es kennt den Mehrbedarf für Warmwasser über Durchlauferhitzer, anstatt diesen als Mehrbedarf „Ernährung“ auszuweisen. Und es führt bei Zahlungen an Dritte aus der Regelleistung endlich auf, wieviel, warum und an wen.

Die schlechte Nachricht: All das kann das neue Wunderwerkzeug nur, wenn es auch richtig bedient wird. All das kann es auch nicht immer durch automatische Übernahme der Daten aus der alten Software. Dem Vernehmen nach mussten z.B. Tausende von Datensätzen zum Nebeneinkommen Berechtigter von Hand übernommen werden. Das ist fehlerträchtig und zugleich Anlass für den ersten Tipp dieses Artikels:

Netzwerk-Essen e.V. statt und wird vom Autor in Kooperation mit der BG45 angeboten. Die Geschäftsstelle befindet sich in Essen-Zentrum in der Severinstraße 1 in den gleichen Räumlichkeiten wie die Essener Büros der Partei DIE LINKE. Beratungsangebot und -bedarf gibt es zu allen

Themen rund um SGB II, SGB XII oder weiteren Sozialleistungen.

Abschließend liegt es dem Autor am Herzen, auf ein „Standardproblem“ hinzuweisen, das von der Stadt Essen gerne übersehen wird. Das Bundessozialgericht hat im Mai entschieden, dass etwas mehr Wohnraum in die Berechnung der angemessenen Miete für Leistungsberechtigte einzubeziehen ist. Dies führt dazu, dass bei praktisch jedem Einpersonenhaushalt, dem die Miete auf 217,50 Euro gekürzt wird, der Bescheid rechtswidrig ist – ebenso wie bei 282,75 Euro bei zwei Personen, 348,00 Euro bei drei Personen usw. Hierzu sollte das JobCenter von sich aus Änderungsbescheide erlassen, die die Miete auf die nunmehr von der Stadt für richtig gehaltenen 230,50 Euro, 299,00 Euro oder 368,80 Euro anheben. Dies geschieht jedoch nicht immer zuverlässig und lückenlos, teilweise werden sogar neue Bescheide mit falschen Zahlen erlassen. In diesem Fall empfiehlt es sich, rechtzeitig – innerhalb eines Monats – Widerspruch einzulegen. Hierbei oder in anderen Fragen zum Leistungsbezug sind Ihnen die BG45 und der Autor gerne behilflich.

Der Autor ist als Rechtsanwalt mit Kanzlei in Essen-Steele schwerpunktmäßig im Sozial- und Arbeitsrecht tätig. Kontakt: 0201 5147472.



## Stadt trickst auf dem Rücken der Ärmsten

Angemessenheitsgrenze für Mieten unzureichend

Von Gabriele Giesecke

Durch ein Urteil des Bundessozialgerichtes im Mai 2012 muss auch die Stadt Essen die Angemessenheitsgrenzen der Mieten für die Bezieher von Sozialleistungen anheben. Jetzt müssen 50 m<sup>2</sup> für eine Person und je 15 m<sup>2</sup> je weiterer Person im Haushalt anerkannt werden.

Aber statt das Bundessozialgerichtsurteil ohne Wenn und Aber umzusetzen, senkt die Stadt für die Mehrheit der Sozialleistungsbeziehenden künftig den Quadratmeterpreis.

Bei Haushalten bis zu fünf Personen beträgt der Quadratmeterpreis jetzt 4,61 Euro, bisher gab es eine Staffel von 4,83 Euro (eine Person) bis 4,55 Euro (fünf Personen). Erst Vier- und Fünfpersonenhaushalte erfahren eine leichte Verbesserung, die sich ab der sechsten Personen aber schon wieder ins Gegenteil verkehrt. Einzelpersonen erhalten so, statt 241,45 Euro durch die Absenkung des Quadratmeterpreises, nur 230,50 Euro Grundmiete erstattet. Diese Differenz von 10 Euro ist für jemanden, der jeden Cent umdrehen muss, schon sehr erheblich.

Die Stadt setzt damit ihre Politik fort, auf dem Rücken der Ärmsten zu sparen. Für 4,61 Euro pro Quadratmeter lassen sich zwar Wohnungen finden, allerdings nur mit niedrigem Wohnstandard und nur in den „armen Stadtteilen“, vor allem des Essener Nordens. Damit wird sich die Konzentration der armen Bevölkerungsteile dort fortsetzen – mit allen sozialen Folgekosten.

Trotzdem gibt es für alle Sozialleistungsbeziehenden eine deutliche Verbesserung. Viele, die, z.B. wegen einer geringfügigen Überschreitung der Mietobergrenze, bisher einen Teil der Miete aus eigener Tasche zahlen mussten, erhalten jetzt die volle Miete erstattet. Daneben gibt es auch mehr Geld für Heizung und andere Nebenkosten. Essen zahlt die erhöhten Beträge rückwirkend ab Mai 2012 aus. Grundsätzlich ist aber ein Anspruch spätestens seit dem

1.1.2011 gegeben, denn, so das Bundessozialgericht, galten seit diesem Zeitpunkt die zugrunde liegenden Wohnungsnutzungsbestimmungen (WNG) NRW. Andere Städte, wie beispielsweise Wuppertal, erkennen dies an und überprüfen die Voraussetzungen ohne eine erneute Antragstellung der Betroffenen. Diese Praxis muss auch in Essen zu Gunsten der Betroffenen angeordnet werden. Dafür wird sich DIE LINKE jetzt im Sozialausschuss einsetzen.

Es bleibt zu hoffen, dass sich dort eine Mehrheit findet. Initiativen der LINKE, die Stadtverwaltung bereits 2010 auf die Einhaltung der WNG NRW zu verpflichten, scheiterten an der großen „Koalition der sozialen Kälte“ aus SPD, CDU, Grünen, FDP und EBB. Anderenfalls muss jeder Einzelne vor Gericht für sein Recht kämpfen. Die Stadt wird sich dort dann erneut eine „Klatsche“ für ihre verfehlte Gesetzesauslegung abholen.



Gabriele Giesecke ist Ratsfrau der Fraktion DIE LINKE

### Offene Hartz4-Beratungen

jeden Montag, 9.00 – 11.00 Uhr

Gemeindehaus Lutherkirche, Kerkhoffstraße 22b (Eingang über Martin-Luther-Straße), ALTENDORF

jeden Dienstag, 10.00 – 12.00 Uhr

Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100, ALTENESEN

jeden Dienstag, 13.30 – 16.30 Uhr

Geschäftsstelle Ratsfraktion DIE LINKE., Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, INNENSTADT

jeden Donnerstag, 9.00 – 12.00 Uhr

Bürgerzentrum Kontakt, Katernberger Markt 4, KATERNBERG

jeden Donnerstag, 16.00 – 18.00 Uhr

Büro DIE LINKE., Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, INNENSTADT

jeden Freitag, 9.00 – 11.00 Uhr

Sozialpädagogische Familienhilfe (SoFa), Rechtstraße 7-9 (Fußgängerzone), BORBECK

jeden Freitag, 9.00 – 12.00 Uhr

Ev. Gemeindezentrum Königsstele, Kaiser-Wilhelm-Straße 39, STEELE

HINWEIS: Bitte beachten Sie, dass innerhalb der Ferien einzelne Termine ausfallen können. Aktuelle Infos finden auf [www.bg45.de](http://www.bg45.de)

# FAIR, FAIRER, umFAIRteilen

von Armut und Reichtum in Essen – und wie sich Widerstand gegen die Sparvorschläge bildet

Essen ist keine Stadt der Superlative: In der mit 570.000 Einwohnern neuntgrößten Stadt Deutschlands gibt es die zweitmeisten Autos pro Einwohner – knapp geschlagen von Dortmund. Sie ist aber immerhin die drittgrünste Stadt Deutschlands. Lange Zeit war zumindest das Rathaus das höchste der Bundesrepublik. Doch seit der Wiedervereinigung überragt der Turm des Leipziger Rathauses sein Pendant in Essen um 12 Meter.

Von Ernesto Klengel

Unser Rathaus droht nun ein Stück weiter zu schrumpfen. Dies betrifft natürlich nicht seine Höhe, aber die Zahl der dort Arbeitenden. Denn die Stadt plant einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen. Und damit nicht genug: Viele noch weiter gehende Sparvorschläge werden für den November erwartet.

Nun übernimmt die Stadt nicht mehr Aufgaben als früher oder als andere Städte. Im Gegenteil: Schon in den letzten Jahren wurde gekürzt. Dies spürt man an den vielerorts maroden Schulen, den geschlossenen Freibädern oder den langen Wartelisten bei den Kitas. Nun plant die Stadt, weitere 700 Stellen zu streichen. Bei einer hohen Arbeitslosigkeit von 12,9 Prozent und dem andauernden Strukturwandel ist das für den hiesigen Arbeitsmarkt ein Problem. Und der Blick etwa auf die katastrophale Betreuungssituation beim JobCenter Essen zeigt, dass es genügend Möglichkeiten für sinnvolle öffentliche Beschäftigung gibt.

Essen steht mit dieser Lage nicht allein. Viele Städte in Deutschland kämpfen damit, dass sie kaum ihren Aufgaben nachkommen können. Fast immer baden Beschäftigte Kürzungsmaßnahmen aus: Erwerbslosigkeit für die einen und steigende Arbeitsbelastung für die anderen.

Während die öffentlichen Haushalte ausgetrocknet wurden und die Einkommen in Form von Löhnen nach Abzug der Preissteigerung sinken, können sich andere nicht beklagen. Die Wirtschaft brummt – es profitieren die Vermögenden. Während die Einkommen des ärmsten Zehntels seit 1999 um 10 Prozent sank, konnte sich das reichste Zehntel über eine Steigerung ihrer Bezüge um ein Fünftel freuen. Noch krasser fällt die Entwicklung der Managergehälter aus: Krise hin oder her – sie haben sich mehr als verdoppelt. Das ist kein Zu-



Ernesto Klengel ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE.Essen.

fall: Das, was die Beschäftigten erarbeiten und an Kürzungen sozialer Leistungen hinnehmen, landet auf dem Konto der Vermögenden.

Auch in anderen Ländern Europas müssen die Menschen Kürzungen ertragen. Dort bildet sich Widerstand: Generalstreiks in Griechenland, Massenstreiks in Spanien oder soziale Unruhen in Frankreich und England. Auch wenn sich die Lage hierzulande anders darstellt, ist es falsch anzunehmen, soziale Ruhe hier wäre ein Naturgesetz. Die deutsche Arbeiterbewegung hat eine lange Geschichte erfolgreicher Kämpfe. Und die Aufstände in der arabischen Welt hätte noch vor einem Jahr niemand für möglich gehalten.

Zuletzt ist die Occupy-Bewegung auch nach Deutschland geschwappt. Bei Blockupy-Frankfurt demonstrierten Zehntausende mit einem stimmungsvollen Protestmarsch für erstaunlich weit gehende Forderungen. Und der nächste Aktionshöhepunkt

umFAIRteilen Bochum

Neben Berlin, Hamburg, Frankfurt und Köln wird für das Ruhrgebiet auch in Bochum eine umFAIRteilen-Demo stattfinden. Der Treffpunkt für die gemeinsame Abfahrt aus Essen ist am 29. September 2012, um 11 Uhr am Hauptbahnhof Essen. Es werden gemeinsame Mitfahrgelegenheiten gebildet, sodass eine kostenlose Anfahrt für möglichst viele gewährleistet wird. Die Essenerinnen und Essener werden so gemeinsam zur Demo in Bochum dazu stehen.

[www.pott-umfairteilen.de](http://www.pott-umfairteilen.de)  
Kontakt: Ernesto Klengel, [e.klengel@dielinke-essen.de](mailto:e.klengel@dielinke-essen.de)

steht vor der Tür: Gewerkschaften und soziale Organisationen rufen für den 29. September 2012 zu Großdemonstrationen in fünf Städten auf. Sie ziehen die einzig richtige Konsequenz aus der wachsenden Ungleichheit und fordern, Reichtümer umzuverteilen, zum Beispiel mit einer Vermögensteuer. Da dies eine zwingende Frage der Gerechtigkeit ist, nennt sich die Initiative „umFAIRteilen“.

So einleuchtend es klingt, Mittel dort anzuzapfen, wo sie sind: Lässt sich dieses Prinzip auch auf die Stadt Essen übertragen? Im Prinzip ja: In Essen gibt es aufgrund des Strukturwandels zwar mehr Armut als anderswo – aber auch mehr Reichtum. Ob der Bau-Gigant HochTief oder der Energieversorger RWE oder der Stahlkonzern ThyssenKrupp, um nur die bekanntesten zu nennen: Einige der größten Konzerne Deutschlands haben hier ihren Sitz. Allein die beiden größten von ihnen erwirtschaften Gewinn von zusammen über 10 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Die Stadt Essen gibt im Jahr ca. 2,2 Mrd. Euro aus. Insgesamt ist die Stadt mit 3 Mrd. Euro bei Banken verschuldet.

Reichtum liegt in Essen auch anderswo. In der Stadt leben über 150 Personen, deren Einkommen jedes Jahr mehr als eine Million Euro beträgt. Die Zahl derjenigen, die über flüssige Mittel in Millionenhöhe verfügt, liegt bei über 6.000. Die Milliardäre Essens haben über 15 Milliarden Euro auf der hohen Kante. Dieser Betrag reichte aus, um sämtliche Stadtbibliotheken Essens eintausend Jahre lang zu betreiben. Selbst wenn nur ein Teil der Einnahmen einer Millionärsteuer an die Stadt fließt, lösen sich die finanziellen Probleme der Stadt in Luft auf. Stattdessen sollen nun Stellen gestrichen, Ämter geschlossen und Öffnungszeiten verringert werden.

Gegen diesen Widerspruch hat sich ein Essener Bündnis gebildet. Es unterstützt die Forderungen von umFAIRteilen und ruft zur Teilnahme an der Demonstration am 29. September 2012 in Bochum auf. Ein weiteres Bündnis fordert, die Kürzungspläne in Essen nicht zu verwirklichen. Es plant einen kreativen Umzug durch die Stadt. Ziel der Demonstration: Der Sitz des Bürgermeisters im zweithöchsten Rathaus Deutschlands.

Wie Occupy beweist: Demonstrieren kann auch Spaß machen. Pärchen, das Arm und Reich darstellt.

Foto: Anabel Jujol (Copyright)



# Vermögensbesteuerung schafft mehr Gerechtigkeit Zur Kasse, Schätzchen!



*Bis ins Jahr 1995 schien die Welt in Ordnung. Nicht nur Musterländer des Kapitalismus wie die USA und die Schweiz kennen sie, auch in der Bundesrepublik wurde bis 1996 Vermögen besteuert. Die Steuersätze waren mit nur 0,5 Prozent für Personen und 0,6 Prozent für Körperschaften recht niedrig. Eingenommen wurden 1996 umgerechnet 4,62 Mrd. Euro, das waren nur 1,12 Prozent aller Steuereinnahmen.*

Von Ralf Fischer

Doch 1995 erklärte das Bundesverfassungsgericht das Gesetz für verfassungswidrig. Nicht alle Teile davon, sondern die Bewertung von Grundbesitz sorgte dafür. Denn zur Bewertung von Grundstücken dienten als Maßstab immer noch die Nettomieteinnahmen nach den Wertverhältnissen vom 1. Januar 1964 oder in einigen Fällen vom 1. Januar 1935. Die Marktwerte von Grundstücken waren aber bis 1995 so erheblich gestiegen, dass die Kläger seinerzeit Recht bekamen, als sie die gegenüber dem Grundbesitz verhältnismäßig höhere Besteuerung anderer Vermögensarten angriffen. Das Bundesverfassungsgericht sah darin einen Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes.

Darüber hinaus wurde der Gesetzgeber aufgefordert, die Bewertung des Grundbesitzes bis zum 31.12.1996 verfassungskonform zu regeln. Doch die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung unter Kanzler Helmut Kohl (CDU) sorgte durch Nichtstun dafür, dass die Vermögenssteuer ab 1997 nicht mehr erhoben werden durfte. Dieser Fall ist in der deutschen Geschichte einmalig: Das Gesetz gilt immer noch, es darf bloß nicht angewandt werden!

Dabei wäre die Wiedereinführung der Vermögenssteuer so einfach wie kaum eine andere Gesetzgebung. Bei der Erbschaftsteuer wurde die Bewertung des Grundbesitzes ab 1997 und erneut ab 2009 den Anforderungen des Bundesver-

fassungsgerichts angepasst. Nichts wäre leichter, als genau diese Bestimmungen auch auf die Vermögenssteuer anzuwenden. Nach dem damaligen Urteil könnte sie unmittelbar wieder erhoben werden.

DIE LINKE. NRW fordert ein neues Vermögensteuergesetz mit der so genannten „Millionärsteuer“ von 5 Prozent auf Geldvermögen oberhalb von 1 Mio. Euro. Betriebsvermögen soll nicht herangezogen werden. Damit würden verschiedene Probleme des alten Gesetzes vermieden, etwa die Wirtschaftskraft von Unternehmen in ihrer Substanz zu treffen. Auch das persönliche Eigenheim bliebe außen vor. Der großzügige Freibetrag von 1 Mio. Euro sollte auch vielen Wohlhabenden das Steuererzahlen erleichtern. Geschätzt wird, dass auf diese Weise bis zu 80 Mrd. Euro pro Jahr erhoben werden könnten. Bei einer Bevölkerung von rund 80 Mio. Bundesbürgern machte dies rund 1.000 Euro pro Kopf.

Auch eine Schuldentilgung, die diesen Namen verdient, wäre mit solchen Summen möglich. Dabei sei auf eine letzte große Lüge aufmerksam gemacht, die von unserer aktuellen Kanzlerin Angela Merkel vorgebracht wird wie ein Mantra: Die Staaten hätten sich übernommen, daher rühre die Verschuldung. In Wahrheit sind die Staaten des Westens aus zwei Gründen so hoch verschuldet:

Zum ersten verzichteten sie durch „Steuererleichterungen“ auf erhebliche Einnahmen. Während unter Kohl ein Spitzensteuersatz von 53 Prozent galt, liegt er heute bei nur 42 Prozent. Die Körperschaftsteuer, unter Kohl bei 50 Prozent, beträgt heute nur noch



Die Landessprecherin der LINKEN, Gunhild Böth, und der Essener Schatzmeister und Autor dieses Beitrags, Ralf Fischer, in angeregter Diskussion auf der Mitgliederversammlung am 12.09.2012 zum Thema UmFAIRteilen

Foto: Stefan Dolge

15 Prozent. Der Verkauf von Unternehmensbeteiligungen, unter Kohl steuerpflichtig, ist heute steuerfrei. Keine konservative Bundesregierung hätte sich das getraut, was SPD und Grüne zwischen 1998 und 2005 auf diesem Gebiet alles angerichtet haben. Schwarz-

Gelb setzte diese Politik bloß fort. Zum zweiten haben die westlichen Staaten durch immer neue „Bankenrettungen“

konnte, denn frei verfügbares Geld sucht sich eben neue Anlagemöglichkeiten. In Wahrheit ist die Spekulation, wie wir sie weltweit

## Bis zu 80 Mrd. Euro pro Jahr



die Krisenverursacher geschont und deren Verluste dem Staat aufgebürdet. Dies trieb auch in Deutschland die Staatsverschuldung von etwas über 60 auf 85 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Da nach den Regeln des neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus, durchgesetzt von Frau Merkel, nur um die 60 Prozent erlaubt sind, droht auch in Deutschland ein Sozialkahl-schlag griechischen Ausmaßes. Und dies völlig ohne Not.

erleben, nichts anderes als ein Beweis, dass in den Händen der Wohlhabenden zu viel überschüssiges Geld vorhanden ist, das im Interesse der sozialen Gerechtigkeit abgeschöpft werden kann und muss.

Nur eine konsequente Heranziehung der Krisenverursacher kann die Krise wirksam bekämpfen. Die neue Vermögenssteuer flösse wie früher den Ländern zu. Umgelegt auf Essen gäbe es derzeit rund 570 bis 580 Millionen Euro pro Jahr. Damit könnte das Land die Kommunen wirklich stärken – und ganz ohne Spardiktat!

Alle Bundesregierungen der vergangenen 20 Jahre haben unter dem Druck der Wirtschafts- und Bankenlobby das Vermögen der Reichen auf Kosten der übrigen Bevölkerung vermehrt. Erst dies sorgte dafür, dass der Finanzsektor überhand nehmen



Das Thema UmFAIRteilen sorgte auch bei den Mitgliedern für engagierte Diskussionsbeiträge

Foto: Stefan Dolge

Der Autor ist Kreisschatzmeister der LINKEN in Essen und von Beruf Steuerfachangestellter.

**Kurznachrichten aus dem Parlament:**

**Ernsthaft für Gute Rente**

Wer ernsthaft Lebensleistungen anerkennen will, muss ans Rentenniveau ran. Und wer ernsthaft Altersarmut bekämpfen will, muss über eine echte solidarische Mindestrente reden“, fordert Matthias Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der LINKEN im Bundestag: „Die SPD will die gleiche Trostpflasterpolitik wie Ursula von der Leyen betreiben: Das Rentenniveau soll weiter sinken, und die damit massenhaft in die Altersarmut getriebenen Menschen erhalten zum Trost einen mickrigen Zuschuss zur Rente.“ Nötig sind ein gesetzlicher Mindestlohn, eine solidarische Mindestrente und vor allem die Rücknahme der mit der Rente erst ab 67 eingeführten Absenkungen des Rentenniveaus auf 43 Prozent des Nettoeinkommens.

**Solidarisch gegen Lohnbetrug**

Anfang August standen 50 polnische Bauarbeiter in Essen ohne Geld und Wohnung da. Mit Unterstützung der IG BAU setzten sie nach gut einer Woche Proteste die Auszahlung der überfälligen Löhne durch. Ulla Lötzer (MdB), Bernd Tenbenschel (LAG Betrieb und Gewerkschaft) und Ulrike Detjen (LVR) meldeten sich für DIE LINKE mit einer gemeinsamen Solidaritätserklärung zu Wort; Kathrin Vogler (MdB) schickte Geld, und Ingrid Remmers (MdB) überbrachte eine Spende und Solidaritätserklärung des Kreisverbandes Gelsenkirchen. Vertreter anderer Parteien waren vor Ort nicht zu sehen.

**Aktiv gegen Nazis**

Zum Umzug der NPD-Landeszentrale nach Essen-Kray erklärt Ulla Lötzer:

„Die NPD -Landeszentrale in Essen ist eine Schande für die Stadt. Zivilgesellschaftliche Proteste gegen die Präsenz der NPD in Essen sind bitter nötig, um zu verhindern, dass die Brandstifter mit ihrer rassistischen Hetze das alltägliche Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft in unserer Stadt gefährden können. Weil die rassistische Ideologie der NPD mit den Grundlagen der Demokratie nicht vereinbar ist, ist ein Verbot der NPD nicht nur wegen ihrer Verbindungen zum Umfeld der NSU-Mörder überfällig.“

**Diese Rede zur Politik von Wirtschaftsminister Rösler hielt Ulla Lötzer in der Haushaltsdebatte des Bundestages am 13. September.**

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, die OECD warnt vor einer Rezession im zweiten Halbjahr 2012 in Deutschland. Nicht wir betreiben Schwarzmalerei, wie Sie uns eben vorgeworfen haben, sondern Sie und Ihr Minister betreiben Schönfärberei und nicht Vorsorge gegen eine Krisenanfälligkeit. Das ist das Problem, das alle Redner von der Opposition hier angesprochen haben.

Nach wie vor ist die deutsche Wirtschaft von der boomenden Exportwirtschaft abhängig. Frau Merkel hat gestern in ihrer Rede gesagt: Wenn es Europa gut geht, geht es Deutschland gut. Andersherum wird leider ein Schuh daraus: Infolge vor allem Ihrer Politik geht es der Mehrheit der Menschen in Europa schlechter statt besser.

Rezession, Arbeitslosigkeit, Armut und öffentliche Schulden haben infolge Ihrer europäischen Krisenpolitik zugenommen. Das europäische Spardiktat, das vor allem Sie den europäischen Krisenländern aufzwingen, kommt inzwischen als Bumerang zurück. Die Auftragsrückgänge gerade aus den südeuropäischen Krisenländern können auf Dauer nicht durch Export nach China, in die Schwellenländer oder vielleicht in Zukunft auf den Mond ausgeglichen werden.

Das von Ihnen versprochene Wachstumsprogramm für Europa besteht im Wesentlichen aus Luftbuchungen. Es werden keine zusätzlichen Mittel für den Aufbau in den Krisenländern bereitgestellt, geschweige denn ein öffentliches Investitionsprogramm für einen sozialökologischen Umbau und für Infrastrukturmaßnahmen in Europa vorgeschlagen.

Auch Ihre viel beschworene Stärkung der Binnennachfrage kommt nicht in Schwung, woher auch bei einer Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf flächendeckende Ausweitung von Niedriglöhnen, Leiharbeit und prekärer Beschäftigung setzt.

Zwar haben die Gewerkschaften Lohnsteigerungen durchgesetzt, doch das reicht nicht aus. Herr Lindner, 8 Millionen Beschäftigte arbeiten in befristeten und in Teilzeitjobs oder kommen nicht aus der Leiharbeit heraus, 760.000 Rentnerinnen und Rentner müssen mit Nebenjobs ihre Armutsrente aufbessern, davon sind 120.000 älter als 75 Jahre. Ist das Ihr

**Wachstumsprogramm für Europa besteht im Wesentlichen aus Luftbuchungen**

Wohlstand für alle, den Sie erreicht haben, Herr Rösler? Bekämpfen Sie endlich die Armut und die prekäre Beschäftigung! Stoppen Sie die Absenkung des Rentenniveaus und die Altersarmut! Das wäre die Förderung von Leistungsgerechtigkeit, Herr Rösler.

Mindestsicherung, Mindestlohn und Mindestrente sind längst überfällig, werden aber gerade von Ihnen immer wieder blockiert. Zukunftsfähigkeit sieht anders aus. Sie erfordert Krisenvorsorge im

Haushaltsentwurf statt eines Schönwetterhaushalts. Statt einer Wirtschaftspolitik des Wettbewerbs um Armut und unsichere Lebensverhältnisse brauchen wir eine Orientierung an sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit.

Es ist höchste Zeit für Investitionen in ein soziales und ökologisches Zukunftsprogramm in Deutschland und in Europa, doch dazu findet man in Ihrem Haushalt schlichtweg nichts..

**Matthias Heider (CDU/CSU): meld sich zu einer Zwischenfrage:**

über 4.000 Filialen deutschlandweit, 73 Prozent der Beschäftigten sind Frauen, rund 6.000 Kolleginnen und Kollegen werden überwiegend zur/zum Einzelhandelskaufrau/-mann ausgebildet.

Nach der Übernahme von „Plus“ im Jahr 2009 versucht die EDEKA-Gruppe, ihre Tochter Netto mit einer besonders aggressiven Strategie sich als dritte Kraft im umkämpften Discount-Bereich zu etablieren. Weil sich dort angesichts des Preiskampfes höhere Gewinne fast nur noch über Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen realisieren lassen und zudem die vertraglichen Bedingungen der Plus-Beschäftigten noch relativ erträglich waren, drohen grade bei Netto neue Negativstandards für die Branche. Über die Gegenwehr der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft ver.di informiert die Internetseite [www.neulich-bei-netto.de](http://www.neulich-bei-netto.de).



Ulla Lötzer

und Auszubildende als billige Arbeitskräfte missbraucht, wie auch das ZDF (frontal 21 vom 4.9.) berichtete.

Im zur EDEKA-Gruppe gehörenden Unternehmen Netto Marken-Discount arbeiten aktuell ca. 50.000 Beschäftigte in

# Sozial-ökologische Investitionen statt Schönfärberei!

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Klimawandel und die Konflikte um Rohstoffe erfordern schon längst aktive Industriepolitik. Umwelttechnologien, Materialproduktivität, Energieeffizienz und Kreislaufwirtschaft müssen gefördert werden. Aber davon findet man bei Ihnen nichts. Vielmehr kürzen Sie die Forschungsmittel für Energieeffizienz. Neue Dienstleistungen sind gefragt: Mobilitätsdienstleistungen, Recyclingsammelstellen, Energieberatung usw. Wenn der Staat nicht den richtigen Rahmen setzt und keine Zukunftsinvestitionen tätigt, ist der Zug abgefahren.

Kommen wir nun zur Energiepolitik. Sie, Herr Rösler, sind nichts anderes als ein Energiewendeverhinderungsminister.

Seit Wochen predigen Sie landauf, landab, wie auch hier heute, die Stromkosten, die Energiekosten würden wegen der erneuerbaren Energien und des EEG steigen. Das ist von vorne bis hinten heuchlerisch. Sonne und Wind führen seit Jahren zu einer Senkung der Strompreise an der Börse.

Das Bundesumweltministerium bezifferte diesen Effekt im Juni mit 2,8 Milliarden Euro. Aber davon kommt bei den Privatkunden nichts an.

Im Juli wurde bekannt, dass Eon mit den Gaslieferanten günstigere Preise ausgehandelt hat. Aber für den Privatkunden wurden die Preise im gleichen Atemzug erhöht. Was tun Sie gegen diese Preistreiberei, Herr Rösler?

Das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft hat gerade ermittelt, dass die Subventionen und Folgekosten für Kohle- und Atomstrom wesentlich höher sind. Dies merkt nur niemand, weil sie nicht über eine Umlage, sondern über die Steuern finanziert werden. Würden diese auf den Strompreis umgelegt, wären sie mit 10,2 Cent pro Kilowattstunde dreimal so hoch wie die gegenwärtige EEG-Umlage.

Auch sagen Sie den Menschen nicht, dass die EEG-Umlage viel niedriger sein könnte, wenn Sie die Ausnahmen für energieintensive Unternehmen nicht so weit ausgedehnt hätten.

Eine solche Politik ist eben nicht nur sozial; sie zerstört auch die Umwelt, weil damit Maßnahmen in Energieeffizienz unterbleiben. Sie begrenzen die Strompreise nicht, sondern Sie treiben sie mit Ihrer Politik für die Verbraucher in Höhe.

Auch die IG Metall fordert eine Reduzierung der Ausnahmeregelungen und die Wiedereinführung von Transparenz und Preiskontrolle bei den Energiepreisen. Das unterstützen wir. Wir meinen darüber hinaus, dass 800.000 Haushalten im Land nicht der Strom abgesperrt werden kann, damit Sie schamlos die Großkonzerne bedienen können. Wir brauchen endlich auch einen Sozialtarif, der eine Mindestversorgung mit Energie sicherstellt.

Herr Rösler, Sie machen nicht nur keine Wirtschaftspolitik; Sie blockieren sinnvolle Wirtschaftspolitik im Interesse der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb wäre der beste Sparvorschlag für den Haushalt, Ihr Ministerium bzw. Ihren Ministerposten abzuschaffen. Aber darauf müssen wir wohl noch mindestens ein Jahr warten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

**Neue Dienstleistungen sind gefragt**

Frau Kollegin Lötzer, Sie haben gerade nach Wachstumsimpulsen gerufen. Sie wollten ja auch eigentlich zum Wirtschaftshaushalt sprechen. Weil Sie in der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ immer eine sehr wachstumskritische Haltung einnehmen, frage ich mich an dieser Stelle: Worum geht es Ihnen denn jetzt? Welche Lösung wollen Sie in dieser Krise? Geht es Ihnen um mehr Wachstum und Ressourcenschonung, oder geht es Ihnen um weniger Wachstum und Beschädigung des Industriestandortes Deutschland, der die Grundlage für die höchste Beschäftigung ist, die wir seit langem in diesem Land gehabt haben?

**Ulla Lötzer antwortet:**

Herr Heider, auch in der Enquete-Kommission führen wir schon lange diese Auseinandersetzung. Es geht um Entwicklungsziele in dieser Gesellschaft, die sowohl sozial als auch ökologisch nachhaltig sind. Es geht darum, die dafür notwendigen Maßnahmen zu treffen. Es geht nicht um ein Wachstum im Wettbewerb um Niedriglöhne, um die niedrigsten Steuern für Vermögende, um sozusagen die höchste Armut. Unsere Politik ist dadurch gekennzeichnet, dass wir uns an Entwicklungszielen für die Gesellschaft orientieren. Wir fordern Investitionen in sozialen und ökologischen Umbau. Wir fordern auch soziale Absicherung gegen die Armut. Wir fordern eine Regulierung der Finanzmärkte, um die Wirtschaft in die Lage zu versetzen, die notwendigen Umbrüche auch in der Wirtschaft zu vollziehen. Wachstum kann dabei durchaus ein Ergebnis sein. Wir haben nie auf Schrumpfung gesetzt, aber wir haben andere Orientierungen als Sie.



Die Beschäftigten von Netto haben mit ihrer Gewerkschaft ver.di auch in Essen den Kampf gegen unerträgliche Arbeitsbelastungen und Niedriglöhne aufgenommen: 182 Kolleginnen und Kollegen aus 25 Essener Netto-Filialen haben eine Petition unterschrieben, in der sie eine personelle Mindestbesetzung der Filialen fordern, um dem ständigen Druck zu unbezahlten Überstunden endlich Einhalt zu gebieten. Ulla Lötzer, Bundestagsabgeordnete Der LINKEN unterstützt sie dabei mit einer Patenschaft. Diese verbindet die Unterstützung der Forderungen und Aktionen der Beschäftigten mit der Bereitschaft, sie durch Öffentlichkeit vor Repressionen und Mobbing zu schützen.

Der Preiskampf bei den Discountern wird in erster Linie auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. Im Alltag heißt das: Wo noch Tariflöhne bezahlt werden, werden sie durch sog. „Graue Stunden“ (unbezahlte Überstunden) unterlaufen; Pausenzeiten werden nicht eingehalten



© Deutscher Bundestag/Lichtblick/Achim Melde

Ulla Lötzer  
MdB, Fraktion DIE LINKE



# Ein Europa der Toleranz?

*Krise im Süden spitzt sich zu - weitere Kürzungen aufoktroziert*

Die Lage in Griechenland, Spanien und Italien spitzt sich dramatisch zu. Drastische Kürzungen der Sozialleistungen und Löhne, Rekordarbeitslosigkeit - vor allem bei Jugendlichen -, steigende Schuldenberge, und wirtschaftlich geht es immer weiter bergab. In Griechenland mehren sich sogar die Fälle, dass Schwangere vor dem Kreißsaal abgewiesen werden, wenn sie kein Geld dabei haben. Und das alles mitten in Europa!

**E** Von Sahra Wagenknecht

Es ist schlichtweg absurd, angesichts dieser Situation neue Kürzungsprogramme aufzulegen. Dennoch hat erst kürzlich eine Allparteienkoalition aus Union, FDP, SPD und Grünen im Deutschen Bundestag dem Fiskalpaket zugestimmt, der die europäischen Staaten zu brutalen Kürzungsprogrammen nötigt und den politischen Einfluss nationaler Parlamente auf ein Minimum zurechtstutzt. Die Reichen, Banken und Profiteure der Krise zur Kasse zu bitten, ist im Fiskalpaket hingegen nicht vorgesehen. DIE LINKE hat als einzige der im Bundestag vertretenen Parteien den unsozialen Fiskalpaket abgelehnt. Sie stimmt außerdem - auch hier wieder als einzige parlamentarische Kraft - gegen sämtliche Bankenrettungspakete.

### Banken mit insgesamt 1,6 Billionen Euro beschenkt

Geht es nach dem Willen der Regierenden, so sollen allein die Beschäftigten, Erwerbslosen und Rentnerinnen und Rentner dafür zahlen, die riesigen öffentlichen Schuldenberge abzutragen. Denn der Fiskalpaket zwingt die EU-Staaten de facto dazu, in den nächsten Jahren über zwei Billionen Euro aus ihren Haushalten zu streichen. Gekürzt werden soll bei Sozialem, bei der Gesundheit, bei Bildung und bei den Renten. Dabei haben die unverschämten Zockergeschäfte der Banken, das falsche Krisenmanagement der Politik und das Schnüren teurer Bankenrettungspakete dazu geführt, dass die europäische Schuldenquote von weniger als 60 Prozent auf über 83 Prozent des Bruttoinlandsprodukts explodiert ist. Es ist erst wenige Wochen her, als die euro-

päische Staatengemeinschaft beschloss, den Banken in Spanien mit 100 Milliarden Euro unter die Arme zu greifen. Seit Beginn der Krise hat sie die Banken mit insgesamt 1,6 Billionen Euro beschenkt. Es ist daher nicht nachvollziehbar, wenn nun dass ausgerechnet diejenigen die Zeche zahlen sollen, die die schwere Krise und die wachsende Verschuldung nicht im Geringsten zu verantworten haben.

Zu den Ursachen der Schuldenexplosion gehört ganz wesentlich der deregulierte Finanzsektor. Diesen an der Bewältigung der Krisenlasten zu beteiligen, ließe sich dadurch erreichen, indem den Staaten zumindest all jene Schulden gestrichen werden, die durch die Rettung der Banken und durch die Garantie ihrer spekulativen Geschäfte entstanden sind. Da die Bankvorstände dies aber verhindern wollen, behaupten sie, ein europaweiter Schuldenschnitt würde hätte ein ökonomisches und soziales Fiasko zur Folge haben. Das ist schon deshalb falsch, weil der Staat die Möglichkeit hat, die gesellschaftlich relevanten Funktionen, vor allem den Zahlungsverkehr und das Einlagen- und Kreditgeschäft, abzusichern. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat einmal gesagt: „Europas Seele ist die Toleranz. Europa ist der Kontinent der Toleranz. Um das zu lernen haben wir Jahrhunderte gebraucht.“ Wo bleibt aber die Toleranz gegenüber der griechischen Bevölkerung, der nun das x-te Sparpaket aufgebürdet werden soll? Wo bleibt das Mitgefühl gegenüber jenen Millionen Menschen, denen durch Merkels Krisenpolitik die Lebens-



**Sahra Wagenknecht ist stellv. Vorsitzende der Partei DIE LINKE und 1. stellv. Fraktionsvorsitzende**

perspektive genommen wird? Wer die Äußerung des Unions-Fraktionschefs Volker Kauder, in Europa werde jetzt „Deutsch gesprochen“, unwidersprochen lässt, und wer sich in Schweigen hüllt, wenn prominente Unionspolitiker von angeblich „faulen Südeuropäern“ reden, „die über ihre Verhältnisse“ leben, kann für sich nicht in Anspruch nehmen, für Toleranz zu stehen. Merkels Toleranz scheint es vielmehr ausschließlich für die Banken und privaten Finanzinstitute zu geben, denn die Krisenpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung besteht im Wesentlichen darin, die Haftung für hochspekulative Geschäfte der Finanzmafia dem Steuerzahler aufzubürden.

DIE LINKE ist keineswegs gegen die Sanierung der staatlichen Haushalte, aber die Abtragung der öffentlichen Schulden darf nicht durch Privatisierungen öffentlichen Eigentums und Sozialkürzungen erfolgen. Statt neuer Kürzungsdiktate, die die Krise nur noch verschlimmern werden, sollten vielmehr die Profiteure der Krise und die Reichen zur Kasse gebeten werden, denn ohne die Abschöpfung der großen Vermögen wird man die Krise nicht bewältigen können.

Alle Staaten der Europäischen Union haben zusammen rund 11 Billionen Euro Schulden. Das private Geldvermögen in der EU liegt bei über 13 Billionen Euro, zwei Drittel davon befinden sich in den Händen der reichsten zehn Prozent der Bevölkerung. Das Vermögen der Millionäre steigt jedes Jahr im Schnitt um acht Prozent, das der Milliardäre sogar um zehn Prozent. Liegt es da nicht nahe, das Geld dort abzuholen, wo es zuhauf vorhanden ist, statt immer wieder den einfachen Steuerzahler auszuplündern?

DIE LINKE fordert deshalb eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre. Damit könnten sämtliche Sozialkürzungen verhindert und ein Teil der Einnahmen für den Abbau der Schulden verwendet werden. Eine europaweite Krisenabgabe für Millionäre von nur 30 Prozent wäre bereits ausreichend, um die Verschuldung in Europa auf das Niveau der Vorkrisenzeit zurückzuführen.

Doch für eine solche wirksame Schuldenbekämpfung fehlt den politisch Verantwortlichen ganz offensichtlich der Wille. Denn wie ist es anders zu erklären, wenn die Troika aus Internationalem Währungsfonds, EU-Kommission und Europäischer Zentralbank den griechischen Staat dazu nötigt, ausgerechnet die Unternehmenssteuern zu halbieren? Vermögende und große Unternehmen sollen demnach auch weiterhin geschont werden, während man die kleinen Leute zur Kasse bittet, um den Schaden zu bezahlen, den Banken und Finanzhaie angerichtet haben. Kein Wunder also, wenn sich die Bevölkerungen der südlichen Euro-Länder über diese Politik empören. Sie haben allen Grund dafür. Während die deutsche Regierung weitere Steuermilliarden im schwarzen Loch der Finanzmärkte versenkt und Europa spaltet, sind es die protestierenden Menschen in Griechenland, Spanien und anderswo, die die Toleranz in Europa verteidigen.

### „Occupy Wall Street“ nicht tot zu kriegen

„Occupy Wall Street“, mit dieser Losung haben zeitweise Tausende im Zuccotti-Park in der Nähe des New Yorker Finanzzentrums gegen Finanzkapitalismus und Spekulation protestiert. Nachdem die Camps im Herbst letzten Jahres von der Polizei schikaniert wurden und die Bewegung im Winter fast „einschlief“, gingen am 1. Mai 2012 wieder gut 1.000 Menschen auf die Straße. Das Camp wurde jedoch von der Polizei verboten und aufgelöst.

Die Proteste sind dennoch nicht tot, davon konnte sich Ratsfrau Gabriele Giesecke am 19. August in New York überzeugen. Seit Wochen schlafen ständig einige Globalisierungskritiker auf der Straße. „Eine Demonstration kann verboten werden, das Übernachten auf der Straße ist in den USA erlaubt,“ erläuterte ihr Jack.



(Foto: wof)

## Termine

**Samstag, 22. September, 13.00 Uhr**  
Antifa Essen Z und DIE LINKE rufen zur Demonstration gegen die Verlagerung der NPD-Landesgeschäftsstelle nach Essen auf. Auftakt ist um 13.00 am S-Bahnhof Steele

**Mittwoch, 26. September, 19.30 Uhr**  
Stadtbezirksgruppe West, Gaststätte „Haus Kalthoff“, Lenbachstr. 3, Holscherhausen

**Freitag, 28. September, 19.00 Uhr**  
Filmvorführung: „Hibakusha – Reise auf die Insel des Glücks“. Ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima kommen die Opfer zu Wort. In Anwesenheit der Filmemacher. Heinz-Renner-Haus, Severinstraße 1, Innenstadt (die Veranstaltung ist kostenlos)

**Samstag, 29. September, 11.00 Uhr**  
Umfairteilen-Aktionstag, Treffpunkt auf dem Willy-Brandt-Platz (Innenstadt), gemeinsame Fahrt zur Demo nach Bochum

**Montag, 1. Oktober, 19.30 Uhr**  
Essen gibt Gas – Initiative für faire Energiepreise, Monatstreffen, Haus der Begegnung (1. Stock), Weberplatz 1, Innenstadt

**Donnerstag, 4. Oktober, 19.30 Uhr**  
Attac-Netzwerk Essen, Aktiventreffen (Offenes Treffen), Cafe Unit, Reckhammerweg 2 (hinter der Uni), Innenstadt

**Mittwoch, 10. Oktober, 19.00 Uhr**  
Mitgliederversammlung DIE LINKE Essen, Gaststätte „Sternquelle“, Schäferstraße 17, Innenstadt

**Donnerstag, 11. Oktober, 17.30 Uhr**  
Demonstration von Essen stellt sich quer unter dem Motto „9. November 2012 – diesmal ohne Nazis“, Rüttscheider Stern

**Mittwoch, 24. Oktober, 19.00 Uhr**  
Das Problem deutscher Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten – Referent: Dr. Peter Strutyński, Veranstaltung des Essener Friedensforums in Kooperation mit der VHS Essen, VHS Essen, Burgplatz 1, Innenstadt

**Sonntag, 28. Oktober, 13.30 Uhr**  
LISA NRW (Linke sozialistische Arbeitsgemeinschaft Frauen in der LINKEN NRW), Geschäftsstelle DIE LINKE, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, Innenstadt

**Mittwoch, 7. November, 18.00 Uhr**  
RUTE-Treff (Runder Umwelt Tisch Essen), Verkehrs- und Umweltzentrum, Kopstadtplatz 12, Innenstadt

**Jeden Donnerstag, 18.00 Uhr**  
linksjugend [solid] Essen, Offenes Treffen, Geschäftsstelle DIE LINKE, Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, Innenstadt

# Von Einem und von Seeckt – Mädchen gegen Generäle!

RESOLUTION des „Netzwerkes Irmgard und Ortrud“ zur Straßenrückbenennung

Von-Seeckt-Straße / Von-Einem-Straße

**Auf ihrer Sitzung am 24. Mai 2012 beschloss die BV 2, die Von-Seeckt-Straße sowie die Von-Einem-Straße auf ihre ursprünglichen Namen Irmgardstraße und Ortrudstraße rückzubenennen. Das Netzwerk „Irmgard und Ortrud“, das aus AnwohnerInnen der beiden Straßen sowie vielen Organisationen und Personen Essens besteht, unterstützt diese Straßenumbenennungen. Es wird öffentlich, aktiv und auch innerhalb eines möglichen Bürgerentscheides gemeinsam für folgende Punkte einstehen:**

Der ehemalige preußische Kriegsminister Karl von Einem war Anfang des 20. Jahrhunderts in politisch verantwortlicher Stellung am deutschen Völkermord an den Hereros und Nama im heutigen Namibia beteiligt. Im Reichstag forderte er öffentlich die „Vernichtung“ der in der Reichswehr dienenden Homosexuellen, im internen Gespräch äußerte er antisemitische Haltungen<sup>1</sup>. Hans von Seeckt, zwischen 1920 und 1926 Chef der Heeresleitung und Vordenker einer für den Angriffskrieg konzipierten Reichswehr, propagierte im revanchistischen Sinne ein „Verschwinden Polens“ von der Landkarte, weil die polnische Existenz „unerträglich“ sei<sup>2</sup>. Von Einem und von Seeckt bekämpften als aktive Gegner die liberaldemokratische Verfassung der Weimarer Republik<sup>3</sup>. Beide Generäle verfochten als Teil der deutschen Militärelite ein national-autoritäres Staatsregime, das von der Reichswehr getragen und von den Nationalsozialisten gestützt werden sollte<sup>4</sup>. Auch durch die Einflussnahme von Einems und von Seeckts wurde Hitler am 30. Januar 1933 die Macht im Staat übertragen. Es war u.a. die autoritätsgläubige und ausgrenzende Einstellung preußischer Militärs wie von Einem und von Seeckt, die Deutschland in zwei Weltkriege führte und wichtige Vorbedingungen für das menschenverachtende Herrschaftssystem des Nationalsozialismus lieferte, das der Welt nie da gewesen Leid und Grauen brachte. Geistig-politische Wegbereiter der Nationalsozialisten können keine Vorbilder für unser jetziges freiheitlich-demokratisches System auf der Grundlage des Grundgesetzes sein. Gerade in Zeiten, in denen angesichts der NSU-Morde in Deutschland wieder Menschen durch Rechtsextremisten zu Tode kommen können, darf es auch bei uns in Essen keinen Platz für die Erinnerung oder gar Verehrung von Antidemokraten, Gesinnungsgenossen und Unterstützern des Nationalsozialismus geben.

**Die nationalsozialistische Straßenbenennung von 1937 als propagandistischer Willkürakt!**

Aus Dankbarkeit für ihre Unterstützung bei der Machtübernahme und Machtsicherung Hitlers, richteten die nationalsozialistischen Machthaber nach ihrem jeweiligen Tod pompöse Staatsakte aus<sup>5</sup>, die Teil eines ideologischen Begleitprogramms für den anvisierten nächsten Krieg waren. In diesem Geist benannte der nationalsozialistische Oberbürgermeister Essens, Justus Dillgardt, im Jahr 1937 durch willkürlichen Verwaltungsakt und ohne Beteiligung des Stadtrates die im Rüttscheider Mädchenviertel befindlichen Straßen „Irmgardstraße“ und „Ortrudstraße“ nach den verstorbenen Generalen Von Einem und Von Seeckt um<sup>6</sup>.

Einer demokratischen, friedfertigen und weltoffenen Stadt wie Essen steht es gut zu Gesicht, den propagandistischen Willkürakt der nationalsozialistischen Machthaber nicht in unsere Gegenwart und Zukunft zu verlängern und damit ein klares Zeichen gegen Militarismus, Chauvinismus und Autoritätsgläubigkeit zu setzen.

**Nicht die erste Initiative zur Umbenennung der beiden Straßen – Gesprächsbereitschaft bleibt!**

Seit Ende der nationalsozialistischen Herrschaft gab es vielfältige Anläufe und Versuche, die beiden Straßen rückzubenennen. Doch trotz entsprechender Umbenennungsanweisungen staatlicher Stellen<sup>7</sup> und verschiedenster Umbenennungsiniciativen aus der Bürgerschaft, die in den letzten Jahrzehnten auf vielfältige Weise auf die geschichtspröblematische Benennung der beiden Straßen aufmerksam machten, blieben die Straßen weiter nach den beiden Generalen benannt. Jetzt ist die Zeit reif, die Straßen so zu benennen, dass sie in unser heutiges freiheitlich-demokratisches Gesellschaftssystem hineinpassen. Dies kann mit einem Rückgriff auf die historischen Straßenzeichnungen nach den Mädchenamen Irmgard und Ortrud oder durch andere passende Namen geschehen, die z.B. innerhalb eines bürgerbeteiligten Verfahrens durch die BV 2 bestimmt werden. Denn die



verschiedensten Umbenennungsiniciativen der letzten Jahrzehnte zeigen:

Nur eine Veränderung der Straßennamen wird zu einer Befriedung des seit mehr als 20 Jahren andauernden Konflikts über die Benennung der beiden Straßen führen!

**Begrenzter Umstellungsaufwand für die Anwohner/innen!**

Es ist uns bewusst, dass die Anwohnerinnen und Anwohner beider Straßen aufgrund der Umbenennungen Änderungsaufwände haben werden. Allerdings halten wir, in Anbetracht der historischen und politischen Bedeutung der Straßenumbenennungen – wie auch viele AnwohnerInnen – den Umstellungsaufwand für begrenzt und vertretbar, da die Stadt Essen fast alle Änderungsleistungen für die AnwohnerInnen kostenlos übernehmen<sup>8</sup> und für die Straßenumbenennungen eine längere Übergangsfrist gewähren wird. Wir, ein Netzwerk von AnwohnerInnen der beiden Straßen sowie viele Organisationen und Personen in Essen, unterstützen den sachlich begründeten Beschluss der BV 2 „Umbenennung der Von-Seeckt-Straße und der Von-Einem-Straße“ und halten die ehrende Erinnerung an diese beiden Personen in unserer demokratischen und weltoffenen Stadt für unangemessen und untragbar. Unser Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger über die historisch problematische Bedeutung der beiden Namensgeber sowie die nationalsozialistische Straßenbenennung von 1937 sachlich aufzuklären. Zu diesem Zweck möchten wir möglichst viele Menschen und Organisationen aller gesellschaftlichen Milieus und Schichten Essens unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit, für ein breites Bündnis von Demokraten für die beschlossene Straßenumbenennung gewinnen.

Wir laden alle BewohnerInnen des Stadtbezirks 2 – Rüttscheid, Bergerhausen, Rellinghausen, Stadtwald – ein, sich unserem Anliegen anzuschließen und bei einem eventuellen Bürgerentscheid mit NEIN zu stimmen!

**Keine skandalträchtigen Straßennamen von Nazi-Unterstützern in Rüttscheid!**

**Für ein friedfertiges und weltoffenes Essen!**

Weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Homepage [www.Irmgard-und-Ortrud.de](http://www.Irmgard-und-Ortrud.de)

Falls Sie uns unterstützen möchten, schreiben Sie uns gern eine Mail: [Info@Irmgard-und-Ortrud.de](mailto:Info@Irmgard-und-Ortrud.de)

1 Vgl. Expertisen von Prof. Dr. Dr. Rüdiger Lautmann (Universität Bremen) v. 12.10.10 und Prof. Dr. Günther van Norden (Universität Wuppertal) v. 01.08.11 zur geschichtswissenschaftlichen Bewertung von General Karl von Einem (1853-1934).

2 Vgl. die Russland-Denkschrift von Seeckts von 1922.

3 Vgl. den vom Essener Stadtarchivar Dr. Klaus Wisotzky formulierten Text des Mahnsteins an der Von-Einem-Str./Von-Seeckt-Str., der von allen Fraktionen und Mitgliedern der Bezirksvertretung II beschlossen und am 14.03.2008 vorgestellt wurde.

4 Vgl. Kolb, Eberhard (2009): Die Weimarer Republik (Oldenbourg Grundriss der Geschichte).

5 Vgl. Essener Allgemeine Zeitung v. 11.04.1934 und v. 28.12.1936.

6 Vgl. Verfügung des Oberbürgermeisters der Stadt Essen v. 20.11.1937, St.A. 61-S.B. 487, in der von „begründeten Ehrungen verdienender Persönlichkeiten“ gesprochen wird. Jedoch sind in den amtlichen Unterlagen keine sachlichen Begründungen auffindbar.

7 Gemäß Anweisung 30 des Alliierten Kontrollrates v. 13.05.1946 sollten alle Straßennamen umbenannt werden, deren Namensgeber einen militaristischen Charakter aufwies. Die Stadt Essen setzte diese Umbenennungsanweisung nicht um. Nach Art. 139 GG gelten die alliierten Entnazifizierungsvorschriften zur „Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ heute fort.

8 Nach Angaben der Stadt Essen werden Änderungen in Personalausweisen, Grundbüchern und anderen Verzeichnissen kostenlos vorgenommen. Nur für die Adressänderung in Fahrzeugscheinen würde eine Gebühr von 11 € entrichtet werden müssen.



## Studierende hinter Gittern

Der „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (YXK) ist seit 1991 an den Hochschulen in Deutschland aktiv. An der Uni Bochum entstand 1991 die erste Gruppe. Mittlerweile ist der YXK auch in den Niederlanden, Belgien und Frankreich vertreten. Am Anfang des Jahres hat YXK das Bündnis „Studierende hinter Gittern“ gegründet.

Ziel des Bündnisses ist es, auf nicht hinnehmbare politische Verhältnisse in der Türkei aufmerksam zu machen: Seit dem 31. Januar 2012 wurden 2.824 Studierende und SchülerInnen von Oberschulen verhaftet. Tausenden droht die Exmatrikulation aufgrund ihres Engagements. Egal, ob sich die Jugendlichen für freie und emanzipatorische Bildung oder für den Erhalt kultureller und politischer Rechte einsetzen, sie werden von der türkischen Justiz verfolgt und häufig als „Mitglieder terroristischer Organisationen“ zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Eine Delegation besucht vom 16. bis 21. September Ziele in der Türkei und Kurdistan, wie den Menschenrechtsverein IHD



**Auf einer Mahnwache sammelte die Linksjugend [solid] 300 Unterschriften für die Freilassung politischer Gefangener.**

Foto: Stefan Dolge

und von Repression betroffene Studierende, um sich ein Bild von der Situation vor Ort machen zu können.

Von dieser Reise werden Fotoreihen, Texte und Interviews erstellt, die Delegierte in

Form von Vorträgen und Podiumsdiskussionen präsentieren werden.

Bilder und Infos unter: <http://studierendehintergittern.wordpress.com/> Sultan Keskin (Linksjugend [solid])

Filmtipp:

## Hibakusha

Ein Film von Dorothee Menzner und Ralph T. Niemeyer

Ein Jahr nach der Katastrophe von Fukushima kommen die Opfer zu Wort.

Während sich die junge Anti-Atom-Bewegung in Japan allmählich auf die Straßen begibt, um den Atom-Wahnsinn zu beenden, versuchen Regierung und Konzerne die Unbedenklichkeit der nuklearen Pest wieder in die Köpfe der Menschen zurück zu drängen.

Dorothee Menzner, MdB, und Ralph T. Niemeyer, freier Journalist, begaben sich ein Jahr nach der Reaktorkatastrophe nach Japan, um mit Opfern und Wissenschaftlern, aber auch mit Überlebenden von Hiroshima und Nagasaki zu sprechen.

Zwei Wochen Begegnungen mit Menschen, die aus reiner Profitgier, durch Kumpanei von Politik und Atomlobby zu Opfern wurden. Gespräche mit Menschen, die sich gegen Atomkraft wehren und mit ExpertInnen, die kein Blatt vor den Mund nehmen, wenn sie Ursache und Schuldige der Atomkatastrophe benennen. Eine Annäherung an ein Land, das mit Hiroshima und Nagasaki wie kein zweites unter nuklearen Katastrophen zu leiden hatte und trotzdem Atomenergie weiterhin nutzen will. Japan ein Jahr nach Fukushima. Der Nuklearkapitalismus bäumt sich auf.

Die Ökologische Plattform bei der LINKEN NRW zeigt den Film

am **28.09.2012 um 19.00 Uhr** im Heinz-Renner-Haus, Severinstr. 1, 45127 Essen



Foto: Stefan Dolge

## Gleichbehandlung ist unser Erfolgsmodell: Deutsche Bahn AG

**Am Beispiel Umbaumaßnahme S-Bahnhof Kupferdreh beweist die Deutsche Bahn einmal mehr, dass sie sich im hohen Maße für die Gleichbehandlung in unserer Gesellschaft stark macht.**

Nicht nur, dass sie ihre Kunden im Baumstellenwarr mit in die Irre führenden Beschilderungen im Regen stehen lässt, nein auch die VertreterInnen aus Politik und Verwaltung lässt die

Bahn bzw. ihr freundliches Baustellenmanagement in diesem zurück. Zum letzten Termin der Projektgruppe Stadterneuerung

Kupferdreh waren die VertreterInnen der Bahn erst gar nicht erschienen und konnten somit den peinlichen Fragen der Anwesenden entgegen.



Erwähnt werden muss an dieser Stelle: Der Termin war ausschließlich zur Problem-

lösung S-Bahnhof anberaumt. Ohne die Hauptakteure war dieser Termin somit hinfällig, was die Anwesenden teils mit Wortbeiträgen quittierten, die hier nicht wiedergegeben werden können.

Die Projektgruppe setzt sich zusammen aus Vertretern von Stadtverwaltung, Politik, Polizei, EVAG und Kupferdreher Bürger-

### Bezirk 3:

## Die Quadratur des Kreises

**Leidenschaftlich verlief am 29. August 2012 die Diskussion auf der gut besuchten Bürgerversammlung über das Bauvorhaben des städtischen ALLBAUS für das Grundstück des ehemaligen Berufskollegs in Holsterhausen. Der ALLBAU als potentieller Investor hielt es nicht für nötig, an der Versammlung teilzunehmen. Anwesend waren Vertreter des Klinikums, welches ebenfalls Raumbedarf angemeldet hatte und nun in Verhandlung für ein Schulungszentrum, eine Kita und ein Fachärztehaus mit dem ALLBAU steht.**



mit kurzem Weg zum Restaurant und den Dienstleistungen im Mutterhaus der Seniorenanlage Otto-Hue. Mütter mit kleinen Kindern möchten große, familiengerechte

Wohnungen und einen kleinen Park. Der wird auch für Senioren gewünscht, die in ihrer Mobilität eingeschränkter sind.

Diese Wünsche sind mit den Plänen des Investors nur bedingt vereinbar. Seine Planung ist auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet. Aufmerksame Beobachter erinnerten in der Versammlung daran, dass bereits 2008 mit Stimmenmehrheit von CDU und Grünen ein Architektenwettbewerb abgelehnt und die Entscheidung für einen Investor gefasst worden war. Das bedeutet, Bürgerwünsche hatten Nachrang und wirtschaftliche Vorteile Vorrang. Es ist den Grünen und der CDU peinlich daran erinnert zu werden, dass ihnen seinerzeit die Bürgerwünsche völlig egal waren.

Auf der Holsterhausener Bürgerversammlung wurde ein Ideenwettbewerb angeregt. Ziel ist es Bürgerwünsche, Interessen von Einzelhandel, Stadt Essen und Investoren unter einen Hut zu bekommen. Es wurden vier Planungsworkshops bis April 2013 vorgeschlagen. Die Stadt, insbesondere auch die Bezirksvertretung, hat nun die Aufgabe, die Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger zu vertreten und den Stadtteil nachhaltig zu entwickeln.

Susanne Kreuzer und Josef Müller, Fraktion DIE LINKE in der BV 3

In der Planung befinden sich momentan 62 Wohnungen mit einer Gesamtfläche von 4.600 m<sup>2</sup>, 2.700 m<sup>2</sup> für den Einzelhandel, davon 1.800 m<sup>2</sup> für einen Vollsortimenter, weitere 3.300 m<sup>2</sup> sind für Dienstleistungen geplant. Die Tiefgarage soll 136 Stellplätze haben - hinzukommen weitere 42 offene. Positiv ist hervorzuheben, dass der alte Baumbestand, der Bolz- und Spielplatz erhalten bleiben sollen. Von der ursprünglichen Überlegung, nämlich 50 Prozent der Fläche als öffentlich zugängliche unversiegelte Grünfläche zu erhalten, rückt die ALLBAU-Planung allerdings ab. Momentan spricht man von ca. 33 Prozent..

Der Einzelhandelsverband befürchtet Auswirkungen des Vollsortimenters auf die Geschäfte in der Gemarkenstraße und lehnt die vorgesehene Fläche von 2.700 m<sup>2</sup> für den Einzelhandel im Bebauungsplan ab. Die AWO braucht dringend zusätzliche Seniorenwohnungen

### Umbau der Haltestelle Abzweig Katernberg

Vor einiger Zeit beantragten Mitglieder der Bezirksvertretung 6 bei der EVAG, Pläne für einen verkehrstechnisch sicheren Umbau des Abzweigs Katernberg zu erstellen. Neben der Straßenbahn 107 hält hier auch der Bus 170 und die aus Gelsenkirchen kommende Buslinie 348. Fast täglich kommt es auf der Kreuzung zu kleinen Beinahe-Unfällen, denn Bus- und Straßenbahnfahrer sehen Fahrgäste nicht, die aus dem Bus steigen und eilig die Straße zur Straßenbahnhaltestelle hin überqueren. Auch Fußgänger betreten Gleise oder Fahrbahn ohne den Verkehr zu beachten. In der Planung ist die Verlegung der Haltestellen, Gehsteige und Gleise, so dass einerseits ein gefahrloser Wechsel der Fahrgäste von einer Linie zur anderen und andererseits ein reibungsloser Ablauf des fahrenden Verkehrs möglich werden.

Jutta Potreck, Bezirksvertreterin DIE LINKE

## Innenstadt: Linke Politik erfolgreich

### Ruhebänke in der City

**Wie berichtet, hat die BV 1 auf den heftig umkämpften Antrag der LINKEN mehrheitlich die Wiederaufstellung der Ruhebänke auf dem Willy-Brandt-Platz beschlossen. Möglicherweise bleibt der Erfolg dieses Antrages nicht darauf beschränkt: Zwar lehnten Polizei Essen und anliegende Gewerbetreibende die Wiederaufstellung zunächst ab.**

Nach dem Beschluss der BV1 erklärten sie sich jedoch bereit, zusammen mit einigen BV-Mitgliedern sowie Mitgliedern des Ausschusses Grün & Gruga einen Arbeitskreis zu bilden, der bis zum Jahresende ein Gesamtkonzept von Ruhebänken für die Kettwiger und Viehofer Straße ausarbeiten soll. Arbeitsergebnisse sollen etwas Ende des Jahres vorliegen. Ich werde „linke Vorstellungen“, wenn politisch möglich, in diesen Arbeitsprozess einbringen.



Frank Tiedemann, Bezirksvertreter DIE LINKE in der BV 1

### Aufsuchende Jugendarbeit

**In der BV-Sitzung vom 28.08.2012 stellten zwei Mitarbeiter der städtischen Tochtergesellschaft Jugendhilfe Essen gGmbH ein neues Konzept „aufsuchender Jugendarbeit“ vor.**

Denn u.a. am Hauptbahnhof und an der Marktkirche/Kettwiger Straße trifft sich ständig eine größere Szene Jugendlicher, von denen viele Alkohol und illegalisierte Drogen konsumieren, und die durch ständigen Lärm, die

Vermüllung der Umgebung und Streitereien für Verärgerung bei Passanten und Gewerbetreibenden sorgen.

Die Jugendhilfe versucht nun, diese Jugendlichen durch Freizeit- und Sportangebote, Gesprächsführung und Ausflüge anzusprechen und Interesse an Informationen über Therapie- und Arbeitsmöglichkeiten herzustellen.

So sollen sie vom Drogenkonsum weg und zu konstruktiver Lebensgestaltung hingeführt werden.

DIE LINKE wird versuchen, einen dauerhaften Austausch zwischen der Jugendhilfe und der BV 1 zu erreichen, weil auch hierdurch eine Steuerung der sozialen Entwicklung in der Innenstadt verbessert wird.

### EVAG: Fahrplan-Suchspiel

Mehrere Fahrgäste der Buslinien 155, 145 und 146 hatten sich beim Vertreter der LINKEN darüber beschwert, dass sie an

der Haltestelle „Rathaus“ keine Fahrpläne finden können. Diese hängen derzeit mindestens 30 Meter von der Haltestelle entfernt, an der Wand zum U-Bahnhof versteckt, zwischen drei anderen Aushängen.

Dazu kommt, dass Fahrgäste, die aus dem U-Bahnhof austreten, diese Pläne „im Rücken haben“. Auf meine Beschwerde hin reagierte die EVAG-Geschäftsleitung schriftlich, frech und knapp: Der Abstand zur Haltestelle betrage höchstens 12 Meter. Außerdem habe sich bisher noch niemand beschwert, also bestehe auch kein Handlungsbedarf.

Bei einer gemeinsamen Ortsbegehung mit dem FDP-Vertreter vor der Beratung am 28.08.2012, bestätigte dieser mir dann in beiden Punkten den „Handlungsbedarf“. Ohne Diskussion schlossen sich dann alle BV-Vertreter der Aufforderung an, die EVAG solle die Fahrgast-Information an der Haltestelle „Rathaus“ verbessern.

### Bezirk II

## Immeo-Mieter/innen der Gummertstraße wehren sich

**Erst aus der Presse erfuhren die Mieter/innen von zehn Einfamilienhäusern von Immeo in der Gummertstraße, dass ihre Häuser abgerissen werden sollen. Die Häuser, die in den 50er Jahren vom Krupp-Wohnungsbau gebaut wurden und in die die Mieter/innen viel Geld für Unterhalt und Modernisierung gesteckt haben, sollen einer hochwertigen Bebauung weichen.**

Die idyllische Wohnlage mit viel Grün mitten in Essen-Rütten-scheid ist Teil des Bebauungsplans Gummertstr./Herthastr.,

der zur Zeit von der Verwaltung erarbeitet wird.

Über 1.200 Unterschriften haben die Mieter/innen bisher gegen ihre „Entmietung“ gesammelt. Zur Zeit plant die Initiative, die sich gebildet hat, weitere Aktionen. Sie fordern, ihre Häuser aus dem Bebauungsplan herauszunehmen. Der größte Teil der Fläche, um die es dabei geht, ist nämlich eine ehemalige Gewerbefläche, deren Neubebauung durchaus sinnvoll ist. Durch den Abriss der zehn Einfamilienhäuser würde Rütten-scheid jedoch preiswerten Wohnraum und ein

weiteres Stück „grüne Lunge“ verlieren.

Die LINKE. Essen fordert eine einvernehmliche Lösung. Wird die nicht gefunden, wird sie sich dafür einsetzen, die betroffenen Häuser aus dem Bebauungsplan herauszunehmen und weiterhin dafür streiten, nur versiegelte Flächen zu bebauen. Das haben wir der Initiative zu gesichert. Jetzt gilt es, in der BV II im ASP und nicht zuletzt den Rat der Stadt davon zu überzeugen, dass dieser Weg richtig ist.

Cornelia Swillus-Knöchel, Wolfgang Freye

### Grüne Harfe:

## Moderations-Kompromiss strikt einhalten!

**Es hat sich etwas getan, in Sachen Grüne Harfe in Essen-Werden. Im August fand nun doch eine Bürger-versammlung statt. DIE LINKE hatte schon lange eine zweite Versammlung gefordert.**

Im Juli haben die anderen Parteien dieses auch von der Bezirksvertretung IX vorgebrachte Anliegen endlich unterstützt. Der Planungsausschuss fasste einen einstimmigen Beschluss. Die Kritik an den Bebauungsplanentwürfen war auf der Versammlung nicht zu überhören.

Die Stadt hatte insgesamt vier Bebauungsvarianten vorgelegt, bei der Versammlung ging es nur noch um die favorisierte Variante 1a. Doch auch diese Variante wies etwas weniger als 40 % zusammenhängenden Grünanteil an der Gesamtfläche aus, wie es der Kompromiss im Moderationsverfahren fordert. Die Wohneinheiten werden auf 102 begrenzt, der Kompromiss spricht von ca. 100. Die Verwaltung ließ offen, ob in den Einfamilienhäuser bzw. Doppelhaushälften womöglich Einliegerwohnungen erlaubt werden. Dadurch könnte die Obergrenze an Wohneinheiten

erheblich überschritten werden, so dass auch der Verkehr deutlich mehr zunimmt, als angenommen.

In einer Sondersitzung legte die Verwaltung dem Planungsausschuss eine neue Bebauungs-Variante 1a+ vor, die die Kritik teilweise aufgreift. Allerdings ist die Höchstanzahl der Wohnungen noch nicht befriedigend gelöst. Deshalb protestierte die Bürgerinitiative gegen die Vorlage 1a+. Viele befürchten, dass Thyssen-Krupp als Grundstückseigentümer nach wie vor Druck für eine größtmögliche Bebauung macht, um die Grundstücke profitabler zu vermarkten.

DIE LINKE hat im Planungsausschuss die strikte Einhaltung des Kompromisses gefordert. Alles andere bringt das ganze Verfahren in Misskredit. Zum Kompromiss gehört die Umsetzung wesentlicher Teile des Verkehrskonzeptes vor einer Verabschiedung des Bebauungsplans. Ein recht guter Entwurf für ein Verkehrskonzept liegt zwar vor, allerdings ohne Untersuchungen zu den Feinstaub- und Lärmemissionen.

Wolfgang Freye

## Die Kehrseite

Kurvendiskussion mit Kämmerer Klieve:  
Erst geht die Klieve-Kurve rauf ...

... dann geht die Klieve-Kurve runter.



**Aufgeschnappt**

# Heini und datt Wunder von Katternberch

„Nänä, Anton“, sachtä Cervinski für mich,  
„watt die da widder aushecken inne Statt.“

„Watt meinze?“ sachich.

„Na diese Linken, die Bekloppten da. Ham  
gezz ihren Laden inne Statt nach sonnem  
alten Pollittheini benannt. Hasse nich ge-  
hört?“

„Wen meinze?“ sachich.

„Na diese Linken, Anton, die Be...“

„Nänä, den andern mein ich, den Heini  
da?“

„Ach so, Anton“, sachtä Cervinski für  
mich, „na wie heißt der noch. Na klar –  
Rahn heißt der, der war datt, nach den  
Rahn hamse ihren Laden...“

„Kannich sein“, sachich, „datt war doch  
der von Katternberch, der den Ungarn die  
Pille reingedroschen hat, sowatt von rein-  
gedroschen hatter die. Die WM, weisse  
noch? Datt Wunder von Katternberch!“

„Nänä, Anton“, sachtä Cervinski für mich,  
„kannich sein. Datt war doch son Kompo-  
nist war datt doch. Stand doch inne Zei-  
tung neulich, son Komponist.“

„Nänä, Kommunist meinze wohl, auch son  
Bekloppten. Sachte auch der Stengel oder  
wie der heißt, dieser Fuzzi vonne Zeitung.“

„Watt? Der Rahn war Kommunist?“

„Nänä, der Heini da, der war datt, nach  
demse ihren Laden...“

„Kenn ich nich, den Heini. Watt hatter noch  
gemacht, datte den kennz?“



Foto: Stadtarchiv (jedenfalls teilweise)

„Bürgermeister war der mal, nachem  
Kriech, hat den Kumpels Wohnungen be-  
sorgt und Aabeit. Wir hatten ja nix da-  
mals, weisse nich mehr?“

„Nänä, Anton“, sachtä Cervinski für mich,  
„weiß nur noch wie wir mitte Zechenbahn  
am Stadion vorbei den Rahn ham pölen  
sehn, in Katternberch damals. Wo wir mit-  
te Kohlen dann abgehaun sind nachem  
Spiel.“

„Der Rahn, der war datt nich, sachich doch.  
Der Heini von die Linken ihren Laden, der  
konnte kein Fußball, der war doch inne  
Pollittick. Der wollte, datt wir alle nur noch  
viazich Stunden aabeiten inne Woche.“

„Nänä, Anton“, sachtä Cervinski für mich,  
„viazich Stunden aabeiten nur noch, da  
krisse ja nix geregelt.“

„War auch mal im Bundestag, der Heini.  
Wollte datt wir die Prügelstrafe abschaf-  
fen.“

„Nänä, Anton“, sachtä Cervinski für mich,  
„watt is bloß los inne Welt. Noch nichma  
die Rotzlöffel verprügeln dürfen, wennze  
übern Zaun gehn und mir die Äppel klaun?“

„Wollte auch, datt die Frauen gleich sind  
mitte Kerle, gleich viel kriegen für die  
Aabeit und so.“

„Nänä, Anton“, sachtä Cervinski für mich,  
„hab gehört, die lassen gezz in Essen auch  
die Weiber auffen Platz. Ham ihren eige-  
nen Verein. Wo führt datt noch hin, wenn  
die Alte plötzlich mitreden tut?“

„Nänä, unser Heini war datt nich, datt war  
ers später.“

„Nänä, Anton“, sachtä Cervinski für mich,  
„is auch egal, den kennich nich. Aber der  
Rahn, datt war schonnen Töfften. Mit dem  
konnze dich aabens inne Kneipe treffen,  
und da hatter erzählt von seim Tor...“

„Dieser Heini, der war auch so, zu dem  
konnze immer hinkommen, wennze watt  
hattes. Abba ich komm nich drauf, wie hieß  
der bloß? Weisse noch, den einen Abend,  
wo wir vonne Zeche im Streik warn? Da  
hat der doch watt erzählt vorm Tor, weisse  
noch?“

„Achso“, sachtä Cervinski für mich, „datt  
war der Aabend, wo der Rahn sich mit dem  
Heini dann die Kante gegeben hatt, hier in  
Katternberch, watt?“

„Möchlich wär datt“, sachich.

„Meinze echt, Anton?“ sachtä Cervinski für  
mich. „Boah glaube, ich krich den Namen  
nich inne Birne. Krich wohl langsam Alters-  
heimer!“

*Kneipengespräch aus Katernberg, heimlich  
mitgeschrieben von dem – nä, ich komm  
nich drauf, wer war datt bloß?*

### Zitat des Tages

**„Die Finanzkrise peripherer  
Eurostaaten hielt auch im  
Berichtsjahr 2011 an“**

**!?!? peinlich-**

Aus dem veröffentlichten Geschäftsbe-  
richt 2011 der Stadtwerke Essen AG

# Frank & Frei

### Das Orakel von Klieve

◀ Kämmerer Klieve hat sich bei seinen  
neuesten Zahlen zum städtischen Haus-  
halt in bisher unschlagbar kürzester Frist  
um einige zehn Millionen korrigiert.  
Mussten Öffentlichkeit und Kommunal-  
politik bisher in der Regel in Dreimonats-  
abständen anderslautende Prognosen,  
Projektionen und Einnahmeerwartungen  
zum Haushalt entgegennehmen, so hat  
der Kämmerer es diesmal geschafft, sich  
von der Vorlage seiner Haushaltseckdaten  
am 17. August bis zur Sitzung des Unter-  
ausschusses Finanzen am 4. September  
bei den Einnahmen für 2013 um rund 40  
Millionen (im Wesentlichen bei den Schlüs-  
selzuweisungen und der Gewerbesteuer)  
zu berichtigen.  
Wie sagte unser Kämmerer so schön: „Mal  
schießt man links daneben, mal rechts,  
und dennoch ist der Hase nicht tot.“  
Bei so viel Zielgenauigkeit empfehlen wir  
statt eines Kämmerers ein Orakel.

### Hase und Jäger

◀ Schießt ein Jäger auf einen Hasen  
und trifft ihn nicht, der Schuss geht einen  
Meter links vorbei. Zweiter Versuch und  
der Schuss geht einen Meter rechts vorbei.  
Daraufhin fällt der Hase tot um. Was hat  
den Hasen umgebracht?

Der Mittelwert

### Options-Dirk hauptstadtreif!

◀ Gute Chancen werden dem SPD  
Ratsmitglied Dirk Heidenblut aus Holster-  
hausen eingeräumt, das Bundestagsman-  
dat des nicht mehr antretenden Rolf Hem-  
pelmann (Ex-RWE Präsi) zu beerben.  
Heidenblut, Geschäftsführer des Arbeiter-  
Samariterbundes Essen, hat sich in der  
laufenden Ratsperiode besonders mit sei-  
nem massiven Eintreten für die Options-  
kommune hervorgetan. Hierzu war eine  
Zweidrittelmehrheit im Rat erforderlich,  
die nur durch Zustimmung der SPD-Frak-  
tion möglich wurde.

### Umbenannt: Zabrzer Chaussee

◀ Zu dem wichtigen Thema „Umbe-  
nennung von Straßen“ wird DIE LINKE in  
der kommenden Ratssitzung einen weite-  
ren Beitrag zusteuern: Wie in Münster soll  
auch in Essen die Hindenburgstraße umbe-  
nannt werden. Und was bietet sich mehr  
an, als die Kooperation mit der politischen  
Stadt Zabrze hierfür zum Anlass zu neh-  
men.  
Statt Hindenburgstraße also Zabrzer  
Chaussee – schließlich hieß die Stadt Zab-  
rze „damals“ sogar Hindenburg.

### Geschäftsempfehlungen:



**Wahrsagen mit der Kristallkugel:  
Wagen Sie jetzt 1 Blick in die Zukunft!!**

Unser Spezialist bei Prognosen jeder Art:  
Lars Martin Klieve

**Rufen Sie jetzt an!!  
0201/88 20001**

Rathaus, 16. Obergeschoss, Porscheplatz 1, 45127 Essen

### veRnas Plattentipp

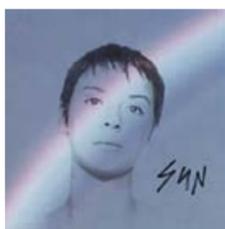
#### CAT POWER – SUN

Das neue Album von Chan Marshall alias Cat Power ist ein Bruch mit allem, was man bisher von ihr kannte.

Schon das Vorgängeralbum „The Greatest“ aus dem Jahre 2006 schien, im Gegensatz zu den sechs älteren, eher klassischen IndieFolk Alben durchaus aufwändig instrumentalisiert. Allerdings ebenso klassisch stark inspiriert vom Memphis Soul und Blues.

Auf „SUN“ geht sie nun neue, weitere Wege. Musikalisch ist ein kräftiges und entschlossenes Album entstanden, mit einer großen stilistischen Bandbreite. Das Zaghafte und Melancholische schlägt nur noch selten durch. So gibt es neben der altbekannten Gitarre und dem Klavier, auch einige elektronische Arrangements, Synthesizer, Autotune-Effekte und den guten, alten Iggy Pop bei dem Stück „Nothing but time“. Dass es dennoch gewohnt, anspruchsvolle Handarbeit ist erkennt man vor allem daran, dass Chan Marshall so gut wie alle Instrumente selber eingespielt und auch die Produktion nicht aus den Händen gegeben hat. Insgesamt ist es ein abwechslungsreiches Album, welches oft von persönlichen Tiefschlägen handelt, aber auch von der Erkenntnis, dass diese in Zeiten der Globalisierung auch ein Stück weit hinzunehmen sind.

Cat Power – SUN 31.08.2012 Label: Matador/Beggars Group



## Unser Bilderrätsel



Hier sehen Sie launige Bilder vom diesjährigen Neujahrsempfang der Ratsfraktion DIE LINKE mit (v.l.n.r.) Bürgermeister Fliß, Dezernentin Raskob und Dezernent Bomheuer, die wir Ihnen trotz der verstrichenen Zeit keinesfalls vorenthalten wollten. Ein gravierender Fehler versteckt sich im unteren Bild. Wer ihn findet, schreibt ihn auf eine Postkarte an: Essener Morgen, Severinstr. 1, 45127 Essen, oder in eine E-Mail an [essener.morgen@dielinke-essen.de](mailto:essener.morgen@dielinke-essen.de).

Zu gewinnen gibt's einen Fußball (von der GEPA fair gehandelt) mit den Unterschriften der Aufsteiger vom FC Kray! Einsendeschluss ist der 01.11.2012. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



### Volle Richtigstellung

Leider haben wir auch in der letzten Ausgabe den CDU-Ratsherrn Uhlenbruch mit Kermit dem Frosch verwechselt. Nun noch einmal in der direkten gegenüberstellung, und dann wird's wohl richtig deutlich: Kermit der Frosch (rechts), Jörg Ulenbruch, CDU (auch rechts ... äh ... links, nein, äh doch, ja):

